

Einzelpreis 70 Heller.

R.
Pr.

Telephon:
Tagesredaktion: 6795.
Nachredaktion: 6797.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einsparungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

4. Jahrgang.

Donnerstag, 17. Juli 1924.

Nr. 167.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Zustellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag (täglich) 1924.

Beamtenabbau.

Die Unternehmer klagen über zu hohe Steuern. Es kann dieser Klage eine gewisse Berechtigung nicht abgesprochen werden, doch man überfieht in bürgerlichen Kreisen nur zu gerne die Tatsache, daß weit mehr noch als die Unternehmer und die besitzenden Klassen überhaupt, die arbeitenden Volksschichten über zu große indirekte und direkte Steuern zu klagen Veranlassung haben. Die Regierung will nun den Beschwerden der Unternehmer Rechnung tragen, da diese behaupten, es seien die großen Steuerlasten, aber auch die hohen Eisenbahn- und Posttarife daran schuld, daß sie nicht billiger zu produzieren imstande sind und ihrer Export- und Konkurrenzfähigkeit noch immer Schranken gesetzt sind. Dasselbe Verbot von der Konkurrenzfähigkeit war bei der Herabsetzung der Löhne und Gehalte zu hören und die Absicht ging dahin, die Konkurrenzfähigkeit auf Kosten der Arbeiter und Angestellten zu erreichen, wobei die Unternehmer nicht im entferntesten daran dachten, auch ihrerseits durch Verzicht auf einen Teil ihres Gewinnes, zur Hebung der Konkurrenzfähigkeit beizutragen. Auch jetzt soll es nach demselben System gehen: den Besitzenden soll durch Ermäßigung der Steuern gegeben werden, die dazu notwendigen Opfer sollen wieder von Lohn- und Gehaltsempfängern, diesmal von den Beamten und Angestellten des Staates, gebracht werden!

Um eine Herabsetzung der Steuern und Abgaben vornehmen zu können, will die Regierung den Staatsvoranschlag, dessen Ausgaben bis jetzt 16 Milliarden betragen, um vier Milliarden kürzen, so daß die Staatsausgaben, vom nächsten Budgetjahr angefangen, nurmehr zwölf Milliarden betragen sollen. Schon an sich muß eine solche Gewalttätige Operation die schwersten Bedenken wecken, denn man weiß, daß der Geist, der heute die Regierungskoalition beherrscht, vor allem an jenen Ausgaben, die sozialpolitischen, humanitären und kulturellen Zwecken dienen, radikale Abstriche wird vornehmen wollen. Daß dies nicht eine bloße Vermutung ist, geht schon aus der bisherigen Praxis der Staatsverwaltung hervor. Noch bei allen bisherigen Rechnungsabschlüssen konnte man die Erfahrung machen, daß sie im Vergleich zu den Staatsvoranschlägen sehr wesentliche Veränderungen aufwiesen: die wirklich erfolgten Ausgaben für Wohlfahrts- und Kulturzwecke wiesen gegenüber den veranschlagten Beträgen Ersparungen auf, wogegen bei unproduktiven oder den besitzenden Klassen dienenden Ausgaben die veranschlagten Posten Ueberschreitungen zeigten. Sparsamkeit im Staatshaushalt ist gewiß eine schöne und nützliche Sache, aber sie darf nicht im einseitigen Klasseninteresse der Besitzenden und des kapitalistischen Staates und auf Kosten der ärmeren Schichten und auch nicht auf Kosten der sozialen und kulturellen Pflichten der Staatsverwaltung betrieben werden. Die Herren im Finanzausschuß der Regierungskoalition machen sich ihre Aufgabe wunderbar leicht. Sie beschließen einfach, den Staatsvoranschlag für das nächste Jahr um die runde Summe von vier Milliarden zu kürzen, ohne viel zu fragen, ob eine solche plötzliche Herabsetzung möglich ist, ohne zu erwägen, ob dadurch lebenswichtige Funktionen der Staatsverwaltung verhindert, ernste, dringende Aufgaben verjämmt werden. Vernunft wird Unfussinn, Wohltat Plage. Geistloser Mechanismus verwandelt eine notwendige Maßregel in Sinnlosigkeit und stiftet Schaden, wo Nutzen ge-
deihen sollte. Das ist die Prokustes-Methode: was über das willkürlich festgelegte Maß hinausreicht, wird abgehakt. Das ist zwar einfach und erfordert nicht viel Nachdenken, es hat nur den Nachteil, daß der so Behandelte seine Beine zum Geheh verkürrt oder zugrunde geht. Es wird niemanden geben, der nicht wollte, daß der Staat seine Geschäftsführung auf bescheidenere Grundlage einrichte, aber eine Kur nach dem System des Doktor

Friedensarbeit in London.

Einleitung von zwei Sachverständigenausschüssen. — Prüfung des Feststellungsverfahrens bei Verfehlungen. — Ausarbeitung eines Planes zur Wiederherstellung der deutschen Reichseinheit.

London, 16. Juli. (AP.) Einige Minuten vor 11 Uhr vormittags trafen die Delegierten der interalliierten Konferenz im Außenamt ein. Nach gegenseitiger Begrüßung wurde die Konferenz eröffnet. Die Hauptdelegierten saßen an einem hufeisenförmigen Tisch, der Vorsitzende Ministerpräsident MacDonald in der Mitte. Zu seiner Rechten saß Ministerpräsident Herriot mit den übrigen französischen Delegierten, dann die italienischen, belgischen und portugiesischen Delegierten. Links vom Vorsitzenden saßen die amerikanischen, japanischen, griechischen, jugoslawischen und rumänischen Delegierten. Hinter den Delegierten saßen an kleinen Tischen die Sekretäre und Sachverständigen der Delegationen.

In seiner Begrüßungsansprache gab MacDonald den Delegierten eine Uebersicht über die auf Grund des Dawes-Berichtes entstandene Lage. Die Konferenz habe, so führte er aus, die Aufgabe, die Bedingungen zu schaffen, unter denen der Dawes-Plan durchgeführt werden soll.

Zum Generalsekretär der Londoner Konferenz wurde Maurice Hankey ernannt. Es wird täglich ein detailliertes offizielles Kommuniqué erscheinen. Die Arbeiten beginnen mit der Prüfung des § 5 des französisch-britischen Programmes. Zwei Experten-Ausschüsse werden sich mit diesen Arbeiten befassen. Der erste Ausschuss soll das Verfahren bestimmen, durch welches etwaige Verfehlungen Deutschlands und die entsprechenden Sanktionen zu bestimmen sind. Der zweite Ausschuss soll in Uebereinstimmung mit der Reparationskommission den Plan ausarbeiten, wie die wirtschaftliche und die fiskalische Einheit des Reiches wiederhergestellt werden kann, sobald das Inkrafttreten des Dawes-Planes offiziell anerkannt ist. In diese beiden Ausschüsse entsendet jede Großmacht vier Experten, und zwar einen aus der Reparationskommission, einen Finanzfachmann, einen Diplomaten und einen Juristen. Die vier anderen auf der Konferenz vertretenen Mächte, nämlich Jugoslawien, Griechenland, Portugal und Rumänien, werden auf Grund einer vorhergegangenen Einigung für jeden der beiden Ausschüsse zusammen zwei Experten bestimmen.

Eine Stunde vor Eröffnung der Konferenz sammelte sich in der Downingstreet eine große Menschenmenge an. Das Gebäude des Foreign office bildete den Treffpunkt für Journalisten und Photographen. Das Haus durften nur die Beamten des Hauses betreten.

Um 5 Uhr nachmittags hat die erste Sitzung der Kommissionen begonnen. Wann die zweite Plenarsitzung der Konferenz stattfinden wird, ist noch nicht bestimmt.

Außerordentliche Schwierigkeiten.

London, 16. Juli. (Eigenbericht.) Die Eröffnung der Konferenz war gekennzeichnet durch den Mangel an optimistischer Stimmung, die bei solchen Gelegenheiten meist zum Schau getragen wird. Alles stand unter dem Eindruck der außerordentlichen Schwierigkeiten, die in der französischen Presse mit großem Pessimismus und in England mit größter Zurückhaltung behandelt werden. Der im Schoß der Reparationskommission zwischen dem französischen Vorsitzenden Barthou und dem englischen Mitglied der Kommission Bradbury ausgebrochene Konflikt ist in die Öffentlichkeit getragen worden und hat den denkbar schlechtesten Eindruck gemacht. Dieser Konflikt ist eine Teilerscheinung der Schwierigkeiten, die die Londoner Konferenz zu überwinden hat. Viel bemerkt wird, daß MacDonald in seiner Rede die Notwendigkeit der Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit besonders betont hat. Diese Aeußerung wird so gedeutet, daß MacDonald, nachdem er in Paris bis an die Grenze des Entgegenkommens

Eigenheit kann man darum doch für äußerst schädlich halten.

Die Herren im Finanzausschuß sind sich aber darüber einig, daß im nächsten Staatsvoranschlag, der im Herbst vorgelegt werden wird, ein Abstrich von vier Milliarden zu erfolgen hat. Nur über das Wie und Wo soll es noch Meinungsverschiedenheiten sachlicher und grundsätzlicher Natur geben. Die bürgerlichen Parteien wollen die Ersparungsaktion ihren Wünschen untertänig machen, wollen nicht nur, daß die erzielten Ersparungen ihren Parteigängern in der Form von Steuererleichterungen zugute kommen, sondern daß auch bei den Ersparungsmaßnahmen ihre politischen und materiellen Interessen nicht geschmälert werden. Die „Bötska“ hat wegen der Frage der Zusammenstellung des Budgets bereits mehrere Sitzungen abgehalten, ohne daß eine Einigung erfolgt wäre. Vier Milliarden Ersparnisse zu erzielen, ohne das Geld dort

gegangen ist, um ein Kompromiß zu finden und die Konferenz zu retten, nun in London den englischen und amerikanischen Standpunkt mit großer Festigkeit wahren will, zumal ihm die Unterhandlungsbefugnisse hat, daß selbst die Konservativen einen großen Widerstand MacDonald gegenüber den Rücksichten auf Frankreichs innerpolitische Lage wünschen. Andererseits erkennen die interalliierten Staatsmänner die wachsende Dringlichkeit der Regelung der Sicherheitsfragen und der Lösung des Problems der interalliierten Schulden, da diese Fragen von der Lösung der Reparationsfrage abhängig sind, und da zu erwarten ist, daß sie nur in Angriff genommen werden, falls die Londoner Konferenz Erfolg hat, dürfte auch Frankreich gezwungen sein, alles zu vermeiden, was die Konferenz gefährden könnte. Heute abend wurde in offiziellen Kreisen mitgeteilt, daß die deutsche Regierung an MacDonald am Mittwoch eine zusammenfassende Darstellung der offiziell deutschen Stellungnahme zum Sachverständigenplan hat überreichen lassen.

suchen zu wollen oder zu dürfen, wo eine solche Suche Erfolg haben könnte, bei den Militärauslagen, ist keine leichte Sache und keine der Parteien der Regierung hat den Ehrgeiz, den andern mit Opfermut voranzugehen. Alle huldigen dem Grundsatz, Nehmen sei seliger denn Geben. Um die Staatsausgaben zu verringern, wird vor allem an einem Abbau der Staatsangestellten gedacht. Das ist wieder eine einfache Rechnung: gibt es weniger Beamte, dann braucht der Staat weniger an Bezügen zu zahlen. Was aber die durch einen Federstrich und durch die Kalkulationen der Beamten um ihre Existenz gekommenen Staatsangestellten mit ihren Familien beginnen sollen, darüber scheint sich in der Regierung niemand den Kopf zu zerbrechen. Es sollen nicht weniger als 30.000 Staatsangestellte „abgebaut“ werden. Darüber wird in der „Bötska“ verhandelt, nicht wie über lebende Menschen, die Frauen und Kinder zu

ernähren haben, sondern etwa wie über Ziegelsteine. Das einzige, wozu sich die Menschlichkeit verteidigt, ist, daß gesagt wird, der Schnitt, der vorgenommen werden soll, sei schmerzhaft, aber notwendig. Als zum erstenmal die Nachricht von dem beabsichtigten Abbau von 30.000 Beamten und Angestellten auftauchte, erklärten sie einige Zeitungen für unrichtig, gestern aber hat die Pilsener sozialdemokratische „Nova Doba“ nach ihren Informationen festgestellt, daß sie auf Wahrheit beruhe und daß die Verhandlungen in der Sache fortgeführt werden.

Die Begründung, die man der angekündigten Entlassung von 30.000 Staatsangestellten gibt, gehen dahin, es handle sich um „überzählige“ Beamte. Die Beamten seien überfüllt und es gäbe darinnen eine Menge unnötige Angestellte, für die nicht genügend Arbeit vorhanden sei. Herr Dr. Kramar, der Führer der Kapitalistenklasse im Staate, hat diesen Gedanken auf eine noch kürzere Formel gebracht, indem er in seiner letzten Pilsener Rede erklärte, es müsse in den Beamten endlich einmal „mit dem Aufräumen begonnen werden“. Also „räumen“ wir auf! Schmeißen wir 30.000 Angestellte aufs Pflaster, damit die Kapitalisten weniger Steuern zu zahlen brauchen! Daß es in manchen Beamten zu viele Beamte gibt, und daß die zu leistende Arbeit auch von weniger Angestellten zu bewältigen wäre, ist vielleicht richtig; keinesfalls trifft dies bei allen Zweigen des Staatsdienstes zu. Die „Nova Doba“ hat recht, wenn sie behauptet, daß in manchen Diensten geradezu ein Mangel an Personal herrscht, beispielsweise bei den Steuerämtern, und daß es dieser Beamtenmangel war, der in sehr vielen Fällen die zu späte Vorschreibung der Steuern zur Folge hatte, so daß die Steuerträger für zwei bis drei Jahre auf einmal die Steuern vorgeschrieben erhielten, die sie dann nicht bezahlen konnten, wodurch der Staat um viele Millionen geschädigt wurde. In den ersten Jahren nach dem Umsturz wurden zweifellos zahlreiche überflüssige Beamte aufgenommen; es waren dabei in erster Linie nationale Absichten die Triebfeder, auch wurde mehr auf nationale Gesinnung und weniger auf sachliche Qualitäten gedacht. Aber dieser Fehler rechtfertigt nicht, daß man jetzt einige Zehntausende schuldlose Beamte und Arbeiter um ihre Existenz bringen will.

Die Absicht, mit der sich die Regierungsmacher tragen, ist geeignet, in der Beamtenenschaft die größte Beunruhigung zu wecken. Es wird gewiß auch „überzählige“ unter der Beamtenenschaft geben, aber bei der Festlegung der Zahl der notwendigen Arbeitskräfte kann und darf nicht allein die kalte, grausame Ermägung bestimmend wirken, den Staatsvoranschlag um eine vorher festgesetzte Summe kürzen zu wollen. Die geplante Maßregel würde überdies zu blinder Willkür führen, denn wie wäre ein gerechter Maßstab dafür festzusetzen, welche Beamten und Angestellten zu entlassen sind! Gegen den Plan müßte sich die Beamtenenschaft einmütig wie ein Mann erheben und ihn zu verhindern suchen. Doch leider fehlt den am „Standesbewußtsein“ krankenden Beamten vielfach das Solidaritätsgefühl, sie sind meist Anhänger der bürgerlichen Parteien und von deren Geist so verseucht, daß sie kaum die notwendige Kraft zur Abwehr dieses Attentates aufbringen werden. Die ideologische Gemeinschaft der Beamten mit den bürgerlichen Parteien kann jetzt für einen großen Teil von ihnen leicht dazu führen, daß er die Wohlthaten der bürgerlichen Gesellschaftsordnung durch Kündigung, Arbeitslosigkeit und Hunger am eigenen Leibe kennen lernt.

Unser Partei wird natürlich ungeachtet der bürgerlichen Gesinnung der Mehrzahl der Beamten ihre sozialistische Pflicht tun und wird wenigstens, so weit ihre Kräfte reichen, die ärgsten Härten der grausamen fiskalischen Maßregel zu mildern bestrebt sein!

Die Sozialversicherungsvorlage.

VII.

Die grundlegendste Frage, mit der wir uns im Rahmen der Sozialversicherung zu beschäftigen hatten, war die, in wie weit der Forderung nach Selbstverwaltung der Versicherungsanstalten entsprochen werden soll. Bereits in der ursprünglichen Vorlage, die von den Sachverständigen ausgearbeitet wurde, waren betrübliche Anzeichen dafür vorhanden, daß die Auffassung über die Selbstverwaltung, in der wir deutschen und tschechischen Sozialdemokraten im alten Oesterreich eines Sinnes waren, im neuen Staatswesen bei einem Teil der tschechischen Sozialdemokraten sich grundlegend geändert hat. Man hat allgemein der Selbstverwaltung nicht jene Bedeutung beigemessen und es hat insbesondere Dr. Winter in Verteidigung des Standpunktes, der in der Vorlage niedergelegt ist, gemeint, daß er nie ein Gehl daraus gemacht hat, daß er die Autonomie nicht als Selbstzweck, sondern bloß als die Form betrachtet, und daß er niemals anstehen würde, die Form zu ändern, wenn er glauben dürfte, daß die neue Form dem Zwecke besser dienen werde. Dr. Winter hat wohl am ersten Sonntag, der in der Tschechoslowakei stattgefunden hat, trotz seiner geänderten Haltung zur Frage der Autonomie zugeben müssen, daß ein Staatsamt und eine bürokratische Amtierung niemals jene Früchte tragen würden, die von der Autonomie erwartet werden können und er hat zugegeben, daß das Gute, das gerade auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge geleistet wurde, nur die Folge der Autonomie war, deshalb hat er die Notwendigkeit hervorgehoben, daß die damals in Aussicht genommenen Bezirksstellen sowie alle übrigen Versicherungsinstitutionen vollständig autonom sein müßten. Die Gefahr, die er rief, die wurde er aber nicht mehr los. Die Feststellung Dr. Winters war für die Bürgerlichen ein willkommenes Anlaß, um in der Einengung der Selbstverwaltung noch weiter zu gehen, als dies bereits in dem Entwurfe der Sozialreform vorgesehene war. Schon die Tatsache, daß bei Einführung des Verhältniswahlrechtes die Arbeiterkategorie aufrechterhalten wurde, ist eine Einengung des Bereiches der Selbstverwaltung, wie sie uns vorgezeichnet hat. Ursprünglich waren in der Vorlage Wahlbestimmungen über die Wahl der Delegierten, die schwere Mängel aufwiesen haben. In der gegenwärtigen, von uns beantragten Textierung dürfte die Vorlage in diesem Teile vollkommen entsprechen. Es sind alle Kantons für die Durchführung reiner Wahlen gegeben. Die Generalversammlung setzt sich aus Delegierten, die auf die Dauer von vier Jahren gewählt werden, zusammen und es sind für die Krankenversicherungsanstalten mindestens 30, höchstens aber 150 Delegierte vorgesehen. Der Wirkungsbereich der Generalversammlung wurde ganz wesentlich eingegrenzt. Die Generalversammlung darf nur Beschlüsse fassen über jene Angelegenheiten, die seitens des Vorstandes auf die Tagesordnung gesetzt werden, es steht also der Generalversammlung kein Recht auf Änderung der Tagesordnung zu. Es können lediglich ein Fünftel der Delegierten die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung mit einer bestimmten Tagesordnung verlangen. Die Generalversammlung kann nur über Antrag des Vorstandes über die Erwerbung, Veräußerung und Belastung von Liegenschaften verhandeln. Sie hat den Ersatz des Vorstandes an Funktionäre nur im Rahmen der Richtlinien der Zentralsozialversicherungsanstalt zu beschließen. In den autonomen Wirkungsbereich der Delegiertenversammlung fällt also, losgelöst von allen Umschreibungen, die Wahl der Vorstandsmitglieder und Ueberwachungsausschussmitglieder aus der

Beamtenberrat der Großdeutschen.

Lieber zwei Ministerportefeuilles in der Hand, als das Urteil der Angekellten über zehn pflichtvergessene großdeutsche Abgeordnete.

Wien, 16. Juli. (Eigenbericht.) Die Großdeutschen haben der Regierung gestern wegen der Beamtenbeförderungsreform ein Ultimatum gestellt, das heute abließ. Finanzminister Nienböck hat das Ultimatum seiner großdeutschen Koalitionsgenossen abgelehnt. Daraufhin hielt heute der Klub der großdeutschen Abgeordneten eine Sitzung ab, in der die Meinungen der verschiedenen Richtungen innerhalb des Klubs scharf einandergerieten. So klein der Klub ist — er besteht aus zehn Mannern —, so zerfällt er immerhin in folgende drei Gruppen, von denen jede einzelne um die Vorherrschaft ringt: 1. die Ministergruppe (Vizekanzler Frank und Handelsminister Dr. Schürff), 2. die Gruppe jener Großdeutschen, die bereits Minister waren und es wieder werden wollen, 3. die Großdeutschen, die einsehen, daß sie nicht ministriert sind, noch es sein können. Die letzte Gruppe ist natürlich die radikalste und sie ist es, die die Forderung der Beamten unterstützt. Da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, wurde beschlossen, eine Abordnung zum Bundeskanzler Seipel nach Hütteldorf zu entsenden. Die Abgeordneten Waber und Dinghofer führen zu dem rekonvaleszenten Kanzler und kamen mit der Antwort zurück, daß die Regierung in der Beamtenbeförderungsfrage nicht nachgeben könne. Die Antwort soll überdies in der Fragestellung ausfallen, es seien die Großdeutschen schon so oft umgefallen, daß kein Grund zur Befürchtung vorhanden sei, daß es nicht wiederum geschehen würde. Die radikale Gruppe im Klub stellte nun die Forderung, daß die Großdeutschen aus der Koalition austreten und die Seipel-Regierung zur Demission zwingen. Es käme dann zur Weiterbetragung der Regierung durch den Bundespräsidenten.

Die für Nachmittag in Aussicht genommene Sitzung des Finanzausschusses wurde im Wege eines Parteienabkommens auf morgen vertagt. Die großdeutsche Parteileitung hat für morgen eine Konferenz ihrer Organisation einberufen, von der sie die Ermächtigung zur Annahme, beziehungsweise Ablehnung der Regierungsvorlage erhalten will. Von einer Regierungskrise kann bei dieser Sachlage natürlich nicht mehr gesprochen werden, da den Großdeutschen in der morgigen Konferenz gestattet werden wird, pünktlich umzufallen, das heißt, die beamtenfeindliche Vorlage zu apportieren.

Die Angestellten der Wiener Staatsdruckerei, die seit einigen Tagen passive Resistenz üben, weigerten sich heute, die Beamtenvorlage in der Druckerei fertigzustellen. Die Vertreter der Angestellten wurden daraufhin dringlich in das Finanzministerium berufen. Es gelang jedoch der Regierung nicht, die Druckereiangestellten von ihrer Weigerung abzubringen. Ihr Schritt, so erklären sie, richte sich nicht gegen das Parlament, sondern einzig und allein gegen die Regierung und die Großdeutschen, die eine Schädigung ihrer Interessen beabsichtigen.

Heute abend treten die Vertrauensmänner der Telefonangestellten zu einer Beratung zusammen, in der darüber beschlossen werden soll, Donnerstag einen zweistündigen Proteststreik in ganz Oesterreich zu veranstalten. Die Stimmung unter der Staatsbeamtenschaft ist so erregt, daß aus den großdeutschen Beamtenorganisationen massenhafte Austritte erfolgen. Viele hundert Beamte haben sich bereits zum Eintritt in die sozialistischen Beamtenorganisationen angemeldet.

Gruppe der Versicherten, die Beschlussfassung über den Jahresbericht auf Grund des Berichtes des Ueberwachungsausschusses und die Beschlussfassung über die Änderungen der Statuten. Also ein sehr laßiges Recht.

Der Vorstand setzt sich aus acht Mitgliedern aus der Gruppe der Versicherten und zwei Vertretern der Arbeitgeber zusammen. Die Vertreter der Versicherten werden durch die Generalversammlung, jene der Arbeitgeber schriftlich durch die Arbeitgeber gewählt. Ueber Verlangen einer drei Mitglieder umfassenden Minorität ist ein Vorstehender Stellvertreter dieser Gruppe zu ernennen. Ueber den Wirkungsbereich des Vorstandes bestimmt der § 57 der Vorlage, daß der Vorstand über alle Angelegenheiten zu beschließen hat, die nicht durch das Gesetz oder Statut der Generalversammlung oder anderen Organen der Versicherungsanstalt vorbehalten sind. Die Funktionsdauer des Vorstandes dauert vier Jahre.

Der Ueberwachungsausschuss setzt sich aus acht Arbeitgebern und zwei Versicherten zusammen. War bei den Bürgerlichen allgemein das Bestreben wahrnehmbar, den Wirkungsbereich der Generalversammlung und des Vorstandes einzunengen, so waren sie andererseits bemüht, eine Erweiterung des Wirkungsbereiches des Vorstandes herbeizuführen. Der Ueberwachungsausschuss hat nach der neuen Textierung die gesamte Gebarung und die strenge Einhaltung der Gesetze, der Statuten und Vorschriften zu überwachen, den Jahresbericht zu prüfen und der Delegiertenversammlung Bericht zu erstatten. Die Angestellten der

Krankenversicherungsanstalt sind verpflichtet, dem Ueberwachungsausschusse alle zur Ausübung seiner Nachvollkommenheit erforderlichen Aufklärungen und Unterlagen zu geben. Wenn die Generalversammlung auf Grund dieses Berichtes das Absolutorium verweigert, ist damit der Vorstand seines Mandates verlustig. Unserem Antrag, daß in diesem Falle die Generalversammlung sofort einen neuen Vorstand zu wählen hat, wurde nicht entsprochen. Der Ueberwachungsausschuss kann mit zwei Drittel Mehrheit die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung beschließen und eventuell gegen den Willen des Vorstandes einberufen. Der Ueberwachungsausschuss kann weiters beschließen, daß der Beschluß der Generalversammlung über die Änderung der Statuten, über die Erwerbung, Belastung und Veräußerung von Liegenschaften und über die Entschädigungen an Funktionäre und schließlich die Beschlüsse des Vorstandes über die Anzahl der systematisierten Stellen der Angestellten bis zur Entscheidung der Zentralsozialversicherungsanstalt nicht in die Tat umgesetzt werden.

Wie aus Vorstehendem zu ersehen ist, haben wohl die Arbeitgeber nicht die Parteilichkeit in der Verwaltung erzielt, sie haben aber durch die Erweiterung des Wirkungsbereiches des Ueberwachungsausschusses, der dadurch zum Kurator über die Generalversammlung und den Vorstand geworden ist, mehr erzielt, als sie sich jemals hätten träumen lassen.

Als neues Organ fungiert in der Vorlage der Direktor. Im § 67 war ursprünglich vorgesehen,

daß der Direktor die Arbeit zu organisieren und zu leiten und dem Vorstände über die Aufnahme und Entlassung der Beamten und Angestellten Bericht zu erstatten hat. Die nunmehrige Textierung im § 67 lautet: „Es obliegt ihm, die Arbeiten der Versicherungsanstalt zu leiten, dem Vorstände im Einvernehmen mit dem Obmann die Organisation als auch die Aufnahme und Entlassung der Beamten und Angestellten zu beantragen.“ Der ominöse § 69 ist in der alten Fassung geblieben, es bleibt also dem Direktor das Recht vorbehalten, die Durchführung der Beschlüsse der Generalversammlung oder des Vorstandes, die seiner Auffassung nach im Widerspruch stehen zu den geltenden Vorschriften, bis zur Entscheidung seitens der Zentralsozialversicherungsanstalt zurückzuhalten.

In der Regierungsvorlage war bekanntlich die Ernennung des Direktors, Buchhalters und Kassiers für jede Krankenversicherungsanstalt durch die Zentralsozialversicherungsanstalt vorgesehen. In der neuen Fassung des § 65 wird nun vorgesehen, daß bei Krankenversicherungsanstalten, die höchstens 2000 Versicherte haben, der Direktor zu bestellen ist, bei Krankenkassen mit mehr als 2000 und höchstens 5000 Mitgliedern der Direktor und ein weiterer Beamter für den Kassen- und Buchhaltungsdienst, und erst bei Krankenkassen mit über 5000 Mitgliedern ist der Direktor, Buchhalter und Kassier zu bestellen. Diese Beamten unterliegen der Disziplinargewalt der Zentralsozialversicherungsanstalt, die Befolgung hat natürlich durch die Krankenversicherungsanstalt zu erfolgen. Der Ausschuss war grundsätzlich nicht abgeneigt, einem Antrag, daß als leitende Beamte die gegenwärtig in Diensten der Krankenkassen in dieser Funktion stehenden Beamten bestellt werden, zuzustimmen. Der Ausschuss hat aber in Betracht gezogen, daß durch die Aufnahme einer derartigen Bestimmung, die Beamten der auszulösenden Krankenkassen von vornherein von der Bewerbung ausgeschlossen gewesen wären, er hat also von der Aufnahme dieser Bestimmung im Gesetze Abstand genommen. Es dürfte aber der Referent im Motivbericht ausdrücklich hervorheben, daß die Bestellung der leitenden Beamten aus der Reihe der in den Kassen mit diesen Funktionen betrauten Beamten zu erfolgen hat. Die von uns beantragte Eliminierung der Bestimmung, daß die Angestellten der Krankenversicherungsanstalten Staatsbürger der Tschechoslowakischen Republik sein müssen, konnte nicht erzielt werden. Hingegen hat der Ausschuss dem Antrage des Referenten die Zustimmung erteilt, nach welchem der Minister für soziale Fürsorge im Einvernehmen mit dem Minister des Innern von der Anwendung dieser Bestimmung bei den gegenwärtig in Kassen dienst stehenden Angestellten Abstand nehmen kann. (Fortsetzung folgt.)

Die Revolution in Brasilien.

Zuversichtliche Auffassung der Regierung.

Paris, 15. Juli. (Gavas.) Die hiesige brasilianische Gesandtschaft hat heute eine direkte Kabelmeldung aus Rio de Janeiro empfangen. Dieser Meldung zufolge seien die Bundesstruppen im Vorteil. Sie hätten mehrere bedeutende Persönlichkeiten gefangen genommen. Die Umzingelung der Stadt Sao Paulo geht langsam vor sich. Die baldige Uebergabe der Stadt ist zu erwarten. Die Lage in Rio de Janeiro ist vollkommen ruhig.

Freilassung der irländischen Rebellen.

Dublin, 16. Juli. Die republikanischen Führer De Valera und Austin Staud wurden heute freigelassen.

Die kleine Lotte. (44)

Von Simone Bobbe.

Uebersetzt von Dr. Anna Kubbaum, Copyright by Intercontinental Verlag „Renaissance“, Wien.

Charlotte ruft ihren ganzen Mut zu Hilfe. Aber kein Ton entringt sich ihrer Kehle. Wird dieser eigenartige Junge versiegen? Er scheint ihr sehr jung zu sein, sieht ihr Vertrauen ein. Er verhält sich mit einer Bestimmtheit aus, die sie verblüfft, ein wenig erschreckt. Doch — sie hat ein solches Bedürfnis, sich jemandem anzuvertrauen. Er trinkt seinen Tee, erklärt:

„Hören — das passiert jedermann, ist kein Unglück, Fräulein. Wenn Sie mir's nicht erklären können — verzichten Sie — sprechen wir nicht mehr davon. Wir könnten in das Café-Konzert, hier in der Nähe, gehen. Sie haben Musik viel... gern? Ich würde aber doch vorziehen, Sie könnten mir's vertrauen. Meine Gegenwart hier hat keine andere Berechtigung, als Sie anzuhören.“

Charlotte versteht. Er sagt sie an, von ihm zu erwarten, was Martha von ihm erwartet hätte. Eine Stunde vorher hatte sie's noch geglaubt. Und doch erleidet sie jetzt, richtet sich in die Höhe, empört, wie vor einer Ungerechtigkeits, beginnt mit eins ihre traurige Geschichte zu erzählen; alle Ereignisse ihres Lebens, selbst die weit zurückliegenden, zeigen sich ihr in eigentümlicher Klarheit. Murr, Lucie, Mademoiselle Buchs, ihre Mutter, die sie geliebt hat. Doch denkt sie nur an eines, das sie nicht sagen wird; ohne Unterlaß verfolgt sie die Erinnerung, alles scheint sich um diesen Punkt zu drehen. Und findet sie für das übrige Folge, Einzelheiten — von dem furchterlichen Ereignis — die Sinne schwinden ihr, denkt sie daran — vermag sie nicht Sichereres ins Gedächtnis zu rufen. Sie spricht schnell, um nicht zu weinen, minuten-

lang außer Atem. Endlich verbirgt sie den Kopf in ihren Händen. Er blidt sie nicht an, trinkt seinen Tee. Wie sie nun die Flucht aus dem mütterlichen Hause, die missglückte Scheidung erzählt, überwältigt ihn der Zorn, er unterbricht sie:

„Genug — ich — ich auch — ich verstehe nicht. Aber es ist besser, man läßt beiseite, was man nicht versteht. Ihre Eltern haben Sie auch nicht gesucht?“

„Nein.“

„Sie sind allein, ich begreife, daß Ihnen das schmerzhaft ist; ich könnte es nicht. Ich glaube aber, daß Sie Mut haben. Ihr Unglück ist viel mehr, das Selbstvertrauen zu ermangeln. Sie haben vielleicht Grund dazu, sagen Sie mir...“

Er zögert einen Augenblick:

„Dieses Fräulein Martha, mit der Sie ausgehen — sie hat wohl oft die Gewohnheit, Sie so zu verlassen wie vorgestern, nicht wahr?“

„Ja.“

„Und Sie haben finden müssen, daß ich... seltsam sei?“

„Ja“, sagt sie sehr leise.

„Das ist auch meine Ansicht“, meint er ruhig. „Ich dachte, Sie weinten aus Liebeskummer. Daß man Sie im Unglück verlassen, daß Sie immer so geliebt haben wie die Fräulein Martha und daß Sie — diesmal — nicht den Mut fanden...“

Schluchzen.

„Meine Schwester würde Ihnen sagen, daß es weder Ihre Schuld noch die jener Mädchen sei. Schuld ist nur, einem armen Wesen dabei behilflich zu sein, sich immer tiefer zu verstricken, wenn es doch wert ist, gerettet zu werden. Wirklich — ich tue Ihnen sehr weh.“

mit Annette, die Spaziergänge auf den Boulevards, ihre Ängste, und wie sie mit Martha in den Moulin Rouge gekommen war. Sie atmet schwer, dem gegangenen Wilde gleich, weiß nicht mehr, was, wenn sie es sagt. Jedes Wort, das sich ihr zwischen den Lippen hervorbrängt, schmerzt sie wie ein Zerreißen. In der Nähe ertönt ein Lasso — jetzt allein; schmerzhaft-ernst erhebt sich seine Stimme. Es ist Charlotte, als spiele man mit ihrem Herzen. Der junge Mann hat sich erhoben, geht im Zimmer auf und ab, setzt sich wieder, an ihre Seite.

„Sie müssen bedenken“, sagte er sehr sanft, „es war ja auch nicht gerade hübsch von mir, dort zu sein. Ich bedauere es nicht, da ich Ihnen begegnet bin. Ich denke — wirklich — Sie sind ein sehr anziehendes Wesen, denn Sie sind sehr empfindsam. Das Leben ist uns immer gnädiger, als wir selbst es sind. Meine Schwester würde das sagen und uns verzeihen.“

Er möchte sie umarmen, wie Sonia es täte, aber er fürchtet falsche Auslegung.

„Wollen Sie mir mit viel Güte das viele Leid verzeihen, das ich Ihnen angetan?“

„Ja“, sagt sie einfach.

„Wenn das wirklich so ist, sehen Sie mich an.“

Er nimmt ihre Hände — sekundenlang bleiben sie so. Er legt in ihren Augen nur unendliche Not, er bereut seine Zweifel, seine Härte. Und doch sagt sie. Aber kann sie ihm die furchterliche Wahrheit sagen? Sein Blick ist nichts als Bärtlichkeit, größer und besser als das gewöhnliche Mitleid. Erfaunen mischt sich darin, das Erlaunen jener, die wissen, daß das Glend vorhanden ist, es aber noch nie von Angesicht erblickt haben: nackt, vollkommen. Glend des Körpers und der Seele mit all jenem Grauen, an dem die ganze Welt Mitschuld trägt. Ohne Schminke, welche Verborgnis um unsere Ruhe ihm auferlegt, ehe sie sich dazu versteht, es zu lindern, Charlotte schaut

ihn an wie ein Gefangener die Sonne, ohne sich Rechenschaft davon abzulegen. Da sie nichts hofft, empfindet sie keine Reue. Sie fühlt sich beengt, die Augen voll Tränen; die Lippen zittern — ihre Haare fallen gelöst über die Schultern. Unbewußt denkt er: sie ist sehr schön — verläßt sie, da er ihre Verwirrung merkt.

„Glätten Sie ein wenig Ihre Federn, Wölgchen.“

Er öffnet das Fenster, tritt auf den Balkon hinaus. Wie sie fertig ist, geht sie ihm nach. Er wendet sich um:

„Wollen Sie fort?“

„Ich will...“

„Das, was ich? Sagen Sie es mir niemals, bitte. Es ist zu traurig, es macht mich broken down — Verzweiflung — es drückt mich nieder. Es ist nicht spät, wir können noch hier bleiben, wenn Sie nicht zu müde sind.“

„Mir ist sehr wohl.“

„Es macht mich glücklich, daß Sie sich immer so wohl fühlen.“

Er führt sie zu ihrem Sitz zurück, erklärt, sie habe Fieber, ruft einen Kellner, bestellt Milch. Sie sprechen noch eine Stunde lang: Voll ist. Er gesteht, reich zu sein, hat es nicht abschichtlich gemacht. Er ist gegen die Bomben, schärfert radikal Vorgehen nicht. Charlotte staunt — er ist über alle möglichen Revolutionen besser unterrichtet als sie. Er bringt sie dazu, genau zu erzählen, wie sie lebt, bewertet, seine Schwester und er hätten Freunde, die noch schlechter lebten und denen nicht geholfen werden kann, denn es sei ihnen gerade daran gelegen, schlecht zu leben. Er ist heiter, fast ganz froh. Ihm gegenüber, die Ellbogen aufgestützt, das Gesicht in die Hand gelehnt, schaut ihn das junge Mädchen an. Noch glängen Tränen an ihren Wimpern, rollen über die brennenden Wangen, ohne daß sie es merkt.

(Fortsetzung folgt.)

Der Bräuer für die Kriegsbeher.

Die nationalsozialistische Kriegsbeher in den Jahren 1912 und 1913. — Knirsch, Fahrner und Seidl als Wortpolitiker. — Die Friedensagitation der Sozialdemokratie.

In den Jahren vor dem Krieg, insbesondere in den Jahren 1912 und 1913, hat die Sozialdemokratie Österreichs im Parlament, in der Presse und ihren Versammlungen mit allen Kräften gegen den damals schon drohenden Krieg gekämpft.

Wer stand in dieser Zeit diesem unfernen Kampfe für den Frieden am „unentwegtesten“ entgegen?

Das deutsche Bürgertum, geführt von den deutschnationalen Schreibern, den sogenannten Deutschradikalen und der „Deutschen Arbeiterpartei“. An der Spitze dieser letztgenannten Partei standen damals die Abgeordneten Fahrner (heute nationalsozialistischer Senator), Knirsch (der heutige Abgeordnete und das Haupt der subdeutschen Hakenkreuzler) und Seidl (inzwischen verstorben, nunmehr vorausschickliches Brunkstück des gelben „Archivs“). Schon im Jahre 1912 bereitete die Partei dieser drei in der Bevölkerung die Stimmung für einen Krieg vor. Herr Fahrner besprach im Mai 1912 in einer Versammlung in Reichenau die neuen Rüstungen und verpflichtete sich

„... für einen zeitgemäßen Ausbau (des Heeres und der Flotte, v. Red.) zu sorgen, denn es ist besser ein teurer Friede als ein schmachvoller Krieg.“

Die Sapeinheiligkeit des Herrn Fahrner, der zwar für die Rüstungen eintrat, es aber damals noch nicht wagte, offen zum Kriege zu gehen, wurde ein Jahr später, am 7. und 8. September 1913, von seinen eigenen Leuten auf dem 5. Reichsparteitag der deutschen Arbeiterpartei Österreichs in Juglau entlarvt. Ueber das dort gehaltene Referat des Abg. Ferdinand Seidl gab die „Deutsche Arbeiterzeitung“ einen Bericht heraus, in dem die Stellung Seidls zur serbischen Frage wörtlich also wiedergegeben wurde:

„Redner ... bedauert die Haltung unserer auswärtigen Politik; Österreich habe schlecht abgeschlossen. Hätten wir den Sandhaal als neutrale Zone erklärt, hätten wir andere Erfolge erzielt, auch für die Anbahnung künftiger handelspolitischer Verhältnisse. Das ist keine Kriegsbeher, wie die Sozialdemokratie uns vorwirft. Aber besser als ein sauler Friede, der heute oder morgen neuerlich zu einer Mobilisierung führen wird, wäre eine bewaffnete Auseinandersetzung gewesen. Der Bericht des Abg. Seidl wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.“

Seidl erklärte also hier den „teuren“, aber besseren Frieden Fahrners als „faul“ und bedauerte unter dem stürmischen Beifall des gelben Parteitag, daß es noch nicht zur bewaffneten Auseinandersetzung gekommen war. — Auf diesem Kongreß, der Hans Knirsch zum Parteivorsitz wählte und auf dem neben Seidl und Fahrner auch die Herren Pachel, Jung und Niehl ihre Kriegspolitik machten, wurde unter anderem eine Resolution „mit stürmischem Jubel“ angenommen, deren erster Satz folgendermaßen lautete:

„Die deutsche Arbeiterpartei fordert nach wie vor nicht nur die Fortsetzung der Bündnispolitik, sondern fordert auch, daß die gemeinsame Regierung in allen wichtigen Angelegenheiten der auswärtigen Politik im Einvernehmen mit dem deutschen Bundesgenossen vorgeht.“

Diese Resolution, die sich dann weiter mit der größten Schärfe gegen die „Mißfolge der Politik des Balkhausplices“ in der Balkanfrage wendet, ist wohl ein unverlöschliches Dokument für die Kriegsbeher der Nationalsozialisten, die in der habsburgisch-hohenzollerischen Bündnispolitik die sicherste Gewähr für eine stetige blutige Niederdrückung der Serben erblickten und herbeischnitten. Der „deutsche Arbeiterpartei“ Seidl wurde nicht müde, von der Notwendigkeit „des unbedingten Sauges unserer legitimen Interessen“ zu reden, worunter er die „Erhaltung und Vermehrung der Einfuhrmöglichkeiten“ in die Balkanstaaten verstanden wissen wollte, welche „Möglichkeiten“ er aber nicht durch die Deffnung der Grenzen, sondern auf „einfachere“ Weise herbeiführen wollte. Im Dezember 1913 erklärte er in der Delegation:

„So ganz mit dem bloßen Reden lassen sich solche Dinge aber nicht machen. Ich hoffe und wünsche, wie ich ausdrücklich sage, daß es w. u. a. zu nichts mehr kommt, als wie zum gesprochenen Wort, aber gewisse — das kann ich nicht offen genug wiederholen — gewisse Punkte darauf, daß wir fest entschlossen sind, dort, wo unser Wort absolut nicht gelten soll, eventuell die Tat folgen zu lassen, sind die einzige Möglichkeit, um uns dauernd den Platz, der uns unter der Sonne des Balkans in seiner neuen Form gebührt, zu sichern.“

In dieser Rede vermochte der Nationalsozialist Seidl die Zweispieltigkeit der Politik seiner Partei, die zwar den Krieg herbeischnitten, sich aber schonte, offen dazu zu gehen, nicht zu verbergen. In einem Atem „hofft“ er, daß das „gesprochene Wort“ genügen möge und behauptet zugleich, daß es „mit dem bloßen Reden“ doch

nicht gehen werde. Während er mit den Lippen noch den „Frieden“ wünscht, ist er im Innern „fest entschlossen“ zur „Tat“

Etwas zweideutiger, deshalb aber nicht weniger verwerflich, besorgte zur selben Zeit Herr Knirsch in Aufsig die Geschäfte der Kriegsbeher. Er behauptete, daß sich die österreichischen Slawen rückhaltlos in den Dienst der allslawischen Propaganda stellen und daß die Friedensagitation der deutschen Sozialdemokraten nur die Unterstützung dieser slawischen Wühlarbeit bezweckt. So verband dieser Herr seine Kriegspolitik mit der Verdächtigung der Sozialdemokratie.

Damit aber den Knirsch und Fahrner, Pachel und Jung das Auskreifen völlig unmöglich gemacht werde, sei zum Schluß dieser lehrreichen Zitatenammlung wiedergegeben, was zur gleichen Zeit, im Dezember 1913, die „Deutsche Arbeiterzeitung“, das Zentralorgan der Deutschgelben schrieb. Es hieß dort in einem Artikel „Der österreichisch-serbische Konflikt“ wörtlich:

„... Verschärft wurde dieser Konflikt durch die serbischen Siege, die den verantwortlichen Herrschaften in Belgrad das klare Denkbild geräumt zu haben scheinen, denn deren Blätter führen eine Sprache, die in einem merkwürdigen Widerspruch mit den Kräfteverhältnissen der beiden Staaten stehen. Es ist sehr zu bedauern, daß diesen Vernegroschen nicht schon lange die einzig gebührende Antwort wurde, nämlich ein paar Tüchtige auf die lose Schnauze...“

Das ist eine der hundert Stellen, in denen die wüste, struppellose und ordinäre Kriegsbeher der Gelben in Reinkultur auf die Nachwelt gekommen ist.

Was aber schrieben zur selben Zeit die Blätter der Sozialdemokratie?

Es möge für heute genügen, die Antwort wiederzugeben, mit der unsere Partei (in der „Schlesischen Volkspress“ vom 6. Dezember 1913) denen entgegentrat, die es nicht erwarten konnten, bis die Serben „ein paar Tüchtige auf die lose Schnauze“ bekamen. Unser Parteiblatt schrieb damals unter anderem:

„So ist es! Nicht lange gefadelt und drein geschlagen, nach echter Kaufmannsmannier. Was liegt daran, daß ein solches Vorgehen und unabänderlich in einen Krieg nicht nur mit Serbien, sondern auch mit Rußland verwickeln würde, viele hunderttausende Menschen ihr Leben, ihre geraden Glieder lassen müssen, unsägliche Kulturgüter zerstört, namenloses Wehe über die Menschen gebracht würde. Was liegt daran, internationales Kanonenfutter gibt es genug auf der Welt, da kann man schon mit Menschenleben spielen. Den mankeiserischen Helden fällt es ja gar nicht ein, ihre eigene Haut zu Marle zu tragen; das sollen ganz andere besorgen und es ist auch nicht ihre Sorge, wenn Industrie, Handel und Gewerbe unter der Kriegsbeher bereit zu leiden beginnen. Durch die Kriegswirren am Balkan allein herrscht schon furchtbare Not und großes Elend. Von allen Teilen des Landes werden täglich Inzolvolenzen gemeldet. In allen Fabriken wird gejodelt. Die Geschäfte sind leer, wo sonst doch zu dieser Zeit reges Leben herrschte. Aus Nordböhmen kommt die Nachricht, daß es auf die nordböhmerischen Sparlassen einen förmlichen Ansturm gibt, da infolge der tosen Kriegsbeher die unsmäßigsten Gerichte entstehen. Trotz der Weihnachtsferien gehen dort die Geschäfte schlecht, da niemand Ueberflüssiges zu kaufen wagt aus Furcht vor kommenden schlimmeren Zeiten. In der großen Bodenbacher Schokoladenfabrik werden nächstens 200 Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen. Diese können sich dann bei Herrn Knirsch und seinen Freunden bedanken! Wohin man auch blickt, überall herrscht Angst und Mißtrauen, hegt man Sorge um die Zukunft. Das „Gablouer Tagblatt“ meint in bezug auf die Haiba-Stein-schöner Glasindustrie, daß infolge der am Balkan herrschenden Stimmung gegen Österreich der Markt für die Glasindustrie größtenteils verloren gehen wird. Und die nordböhmerische Glasindustrie hat ohnedies mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen! Aber was liegt den deutschnationalen Gauklern an dem Wohlgergehen der Bevölkerung, wenn sie sich nur oben beliebt machen können!...“

Die Stimme der Sozialdemokraten wurde nicht gehört, die Kriegsbeher behielten die Oberhand, ein halbes Jahr später brach das Unglück herein, vor dem wir jahrelang eindringlich gewarnt hatten. Der Krieg mit den „Vernegroschen“, der Weltkrieg begann, brachte Tod und Verderben über ganz Europa.

Wollt ihr, Arbeiter, Genossen, den zehnten Jahrestag des Beginnes dieser Katastrophe vorübergehen lassen, ohne zugleich mit euren leidenschaftlichen Befehnis gegen den Krieg auch Abrechnung zu halten mit jenen, die den Völkern schürten, zum Morde hetzten und die Menschheit ins Elend stießen?

Haltet Gericht über die deutschnationalen, hakenkreuzlerischen Gaukler, prangert überall die Verbrecher an, die heute wiederum versuchen, ihr elendes Spiel fortzusetzen!

Toller in Freiheit.

Berlin, 16. Juli. Der Dichter Ernst Toller, der wegen Hochverrats zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt war, ist gestern nachmittags nach Verbüßung der Strafe aus der bayerischen Festung Niederschönenfeld entlassen worden.

Endlich, nach fünf furchtbaren, aber auch fruchtbarsten Jahren, haben sich dem Revolutionär und Dichter Ernst Toller die Kerker Tore wieder geöffnet. Fünf volle Jahre hat ihn die reaktionäre Justiz Deutschlands hinter Gefängnismauern schmachten lassen, vergebens waren die Rufe der Arbeiterschaft, der Appell der größten Geister Deutschlands und ganz Europas verhallt — bis zur Reize wuhie die Bourgeoisie Deutschlands ihre Nachgelüste auszukosten, nicht um einen Tag früher, als es das Urteil vorschrieb, gaben sie den Eingekerkerten frei. Aber die blöden Herren der „bayerischen Justiz“, der Festung Niederschönenfeld, die da vermeinten, den Gedanken der Revolution zu erschlagen, wenn sie einem ihrer Träger die Freiheit nahmen und seinen Körper in Fessel legten, haben schwer geirrt. Ernst Toller hat die fünf langen Jahre seiner Haft nicht ungenützt verstreichen lassen. Durch das Gitter der Festungszelle fand Monat für Monat, Jahr für Jahr das Wort Tollers den Weg ins Freie, sein Wort, das Tausende begeisterte, Tausende revolutionierte. Fast alles, was Toller schrieb, hat er sich im eigenen bitteren Erlebnis einflamer Haft abgerungen, das Jahrhundert von 1919 bis 1924 hat hingereicht, seine „Wandlung“ vom utopischen Schwärmer zum klar erkennenden Sozialisten vollenden.

So wie unzählige seiner Alters- und Zeitgenossen hat auch Toller in dem furchtbaren Geschehen des Weltkrieges den Weg vom guten deutschen Bürger zum Klassenkämpfer gegen die kapitalistische Ordnung gefunden. Als braver Bürger zog der 29jährige freiwillig und begeistert in den Krieg. Aber das Grauen des Schützengrabens und der Schlachten weckte in ihm zwar noch unklare, aber starke, leidenschaftliche Gefühle gegen die verdamnte Gewalt weniger Nutznieher gegenüber der großen Masse der Ausgebeuteten, Entrechteten und zur Schlichtbank Geführten. Den Funken der Revolution im Herzen, lehrte er verwundet vom Schlachtfeld heim und bahnte sich in München und Berlin seinen Weg zum Sozialismus. Wegen „Landesverrats“ wurde er im Jahre 1918 ins Militärgefängnis gesteckt, dessen Tore aber die Revolution sprengte. Als unabhängiger Sozialdemokrat nahm er Anteil an der bayerischen Räterepublik, die er selber nicht mit herbeigeführt hatte, für die er aber im historischen Augenblick treu und solidarisch eintrat. Nach dem Zusammenbruch der Diktatur wurde er mit vielen anderen vor das Standgericht gestellt und zu fünfjähriger Kerker verurteilt.

Wenn das Proletariat allüberall heute dem wieder freigewordenen Toller mit Freude, Jubel und Ehrung begegnet, so gilt dies nicht nur dem sühnen Vorkämpfer, nicht nur dem Manne der Tat, sondern auch dem Dichter Ernst Toller, der in seinen Dramen „Wandlung“, „Maschinenstürmer“, „Masse Mensch“ der Klassenbewußten Arbeiterschaft Weg und Ziel gewiesen, der in seinen Komödien die Frage des Kapitalismus und der Reaktion wie kein zweiter konterfeit hat, der in seinen lyrischen Gedichten die Arbeiter unendliche Liebe zu allen Geschöpfen, Mitleid mit dem Menschen, höchstes Menschheitsbewußtsein gelehrt hat.

Herzlicher, feuriger Gruß Ernst Toller, dem uns nun ganz wiedergegeben!

Inland.

Die Getreidezölle.

Widersprechende Meldungen.

Die „Tribuna“ hat bekanntlich gemeldet, daß die Agrarzölle im Verordnungswege eingeführt werden. Das Abendblatt des „Pravo Lidu“ bezeichnete nun die Nachricht als eine Lüge und als ein Börsenmanöver, da Dienstag die Produktbörsen stattgefunden habe. Das „Narodni Spozozeni“ erklärt jedoch, daß bezüglich der Getreidezölle nicht alles in Ordnung sei. Die Nachricht der „Tribuna“ scheint ein seit längerer Zeit vorbereitetes Börsenmanöver, worfür auch der Umstand sprach, daß in der Nachricht von der nahen Ernte in der Slowakei gesprochen werde, obwohl in manchen Stellen die Ernte seit einigen Tagen schon im vollen Gange sei. „Trotzdem können wir“ — schreibt das Blatt — „die Befürchtung nicht los werden, daß die Deffentlichkeit plötzlich von irgendeinem von der Börsa sanktionierten Beschluß überfallen werden soll. Die tschechischen Sozialdemokraten würden zwar eine gewisse Zeit protestieren, die Verordnung würde aber schließlich in Geltung bleiben, weil mit der neuen Parlamentssession neue Sorgen kommen, die um die Sozialversicherung, deren Verhandlung nicht durch irgend etwas Untergeordnetes gestört werden darf. Es wäre gewiß besser, daß solche eminent wirtschaftliche Fragen aus der Dämmerung der geheimen Verhandlungen der Börsa ans Tageslicht gebracht und Gegenstand der Diskussion werden, die gewiß nach einer bestimmten Zeit fruchtbare Anregungen zur richtigen Lösung der Frage bringen würde.“

Telegramme.

„Anregungen“ der Reparationskommission.

Paris, 16. Juli. Der „Matin“ meldet, daß Owen Young, einer der Hauptstöpfer des Sachverständigenberichts, bekanntgegeben habe, daß er bereit sei, die Funktion eines Reparationszahlungsverwalters zu übernehmen.

Dem „Matin“ zufolge, hat die Reparationskommission gestern eine Reihe wichtiger Beschlüsse gefaßt, welche im Sinne der französisch-britischen Note als Anregungen und Gutachten in der Frage der Wiederherstellung der deutschen wirtschaftlichen Einheit zu gelten haben. Die Reparationskommission habe sich dahin ausgesprochen, daß der Dawesbericht als in Anwendung zu betrachten ist:

1. sobald Deutschland dem im Plane vorgesehene Treuhänder die verschiedenen im Dawesberichte aufgezählten Obligationen übergeben hat,

2. sobald die Emissionsbank für Banknoten mit Goldwert konstituiert ist,

3. sobald die Gesellschaft für die Verwaltung der Reichsbahnen gebildet ist,

4. sobald die erste Anleihe von 800 Millionen Goldmark vollkommen untergebracht ist.

Dem „Petit Parisien“ zufolge kommt noch als 5. Bedingung hinzu, daß das System der Industrieobligationen bis dahin organisiert sein soll.

Das Blatt fügt hinzu, daß sich bei der Behandlung der Frage der Unterbringung der 800 Millionen Goldmark eine lebhafte Diskussion entsponnen habe, wobei der britische Delegierte in der Reparationskommission erklärte, daß die Platzierung sehr schwer, wenn nicht unmöglich sei würde, wenn nicht vorher die wirtschaftliche Einheit des Reiches hergestellt sei. Um Sir John Bradburn zu überzeugen, mußte Barthou seine ganze Kraft der Beredsamkeit und Ueberzeugung anwenden. In dieser Beziehung wurde er von Delacroix unterstützt. Die Entschlüsse der Reparationskommission seien einstimmig gefaßt worden.

Bevorstehende Einladung Deutschlands

Paris, 16. Juli. Der „Petit Parisien“ erfährt aus englischer Quelle, daß Deutschland wahrscheinlich schon am nächsten Samstag eingeladen werden solle, an den Arbeiten der Londoner Konferenz teilzunehmen.

Tripitz hat Sehnsucht nach dem Ministersebel.

Berlin, 16. Juli. Der „Volkswagen“ und die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ unternehmen heute einen deutschen Vorstoß für den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung. So schreibt der „Volkswagen“: Man sieht wahrhaftig nicht ein, warum Stresemann nicht Sorge trägt, seine Politik parlamentarisch und moralisch fester zu fundieren. Was ihn von den Deutschnationalen trennt, sind nur noch Formulierungsunterschiede und keine sachlichen. Die jüngst vom Zentralvorstand seiner Partei angenommene Entschlüsse könnte mit ganz unwesentlichen Änderungen ebenso gut vom Zentralvorstand der Deutschnationalen Volkspartei angenommen worden sein. Wie soll man also Vertrauen zu der Politik des jetzigen Kabinetes gewinnen, wenn es die natürlichen Bundesgenossen in der Opposition stehen läßt, statt sie in die Regierungskoalition einzubeziehen.

Schwerinvalide bringen ins Wiener Finanzministerium.

Wien, 16. Juli. (Eigenbericht.) Heute vormittag erließen etwa 400 Schwerinvalide im Finanzministerium, dessen sämtliche Räume sie besetzten. Die Invaliden verlangten den Finanzminister Dr. Kienboed, der im Parlamente weilt, zu sprechen, damit er ihnen verspreche, daß noch vor Beendigung der Sommerferien die Novelle zum Invalidentengesetz, die den Invaliden materielle Verbesserungen sichert, erledigt wird. Kienboed, auf den die sozialistischen Abgeordneten einwirkten, daß er der Einladung der Invaliden Folge leiste, weigerte sich zuerst unter verschiedenen Ausflüchten, die Invaliden zu empfangen. Schließlich begab er sich doch ins Ministerium. Als das ungenügende Ergebnis der Aussprache den Invaliden bekannt wurde, erklärten sie, daß sie das Ministerium nicht früher verlassen, ehe sie nicht eine befriedigende Zusicherung erhalten. Gegen fünf Uhr nachmittags begab sich Abg. Genosse Forstner ins Ministerium, wo er den Invaliden die Mitteilung machen konnte, daß das Invalidentengesetz bereits in Verhandlung gezogen wurde. Forstner gelang es, die erregten Versammelten zu veranlassen, das Finanzministerium zu räumen.

Heute Rückritt der Baß-Regierung?

Belgrad, 16. Juli. Heute vormittags kehrte König Alexander aus Topola nach Belgrad zurück. In politischen Kreisen erwartet man, daß Ministerpräsident Pašić bis morgen dem König die Demission des Gesamtkabinetts überreichen wird.

Kriegsdienstleister, denkt an die Sklavensarbeit in den Munitionsfabriken!

Die Regierungskrise in Polen.

Warschau, 16. Juli. Der Rekonstruktionsplan des Ministerpräsidenten Grabki ist auf große Schwierigkeiten gestoßen und die Lage hat sich weiter kompliziert. Die Mehrheit der Mitglieder der Volkspartei Wyzwolenie sind nach wie vor gegen einen Eintritt des Abg. Thugutt in die Regierung.

Die Nachmittagsblätter bringen noch nicht bestätigte Gerichte, wo auch Kriegsminister Sikorski gleichfalls seine Demission angeboten habe, und daß er dieses Gesuch damit begründete, daß er in einem halbparlamentarischen Kabinett nicht verbleiben könne.

Nationaler Minderheitenklub in Polen.

Warschau, 16. Juli. Den Blättern zufolge arbeitet die Regierung in beschleunigtem Tempo an der Regelung der Frage aller polnischen nationalen Minderheiten. Sie beabsichtigt zunächst die Frage der deutschen Minorität auf Grund des Schiedsspruches des Professorenschieds und der polnisch-deutschen Konvention zu regeln. Auch bezüglich der ukrainischen Minderheiten sollen im Sinne der vom Sejm beschlossenen Sprachgesetze in der nächsten Zeit die nötigen Verordnungen erlassen werden. Der Gesetzentwurf über die Aufhebung der rechtlichen Beschränkungen der Juden soll dem Sejm zu Beginn der Herbstsitzung unterbreitet werden.

Das offizielle Ungarn brandmarkt sich selbst.

Budapest, 16. Juli. (Eigenbericht.) Der gewesene Minister der Karolyi-Regierung, Buza, hat vor kurzem bei einer Wählerversammlung gesagt: „In Ungarn gehen die Mörder frei herum, während anständige Menschen eingesperrt werden.“ Er wurde deshalb angeklagt, weil er den „guten Ruf“ (!) der ungarischen Nation geschmälert und gegen den Staat aufgehetzt habe. In der Gerichtsverhandlung gab Buza zu, das gesagt zu haben, bot aber einen umfangreichen Wahrheitsbeweis an, indem er alle Morde des weißen Terrors zu beweisen sich erbot. Das Gericht zog sich hierauf zurück und verkündete nach längerer Beratung, daß es die Anklageschrift dem Staatsanwalt zurückweise und das Verfahren einstelle. Zur Begründung wird angeführt, daß eine Kritik von Regierungshandlungen keine Schwächung des Ansehens des Staates beinhaltet. Diese Klucht des Gerichtshofes vor dem Wahrheitsbeweis hat großes Aufsehen erregt, weil damit die Wahrheit der Tatsachen, die Buza beweisen wollte, zugegeben wird.



Rüstet zum Antikriegstag!

Arbeiter und Arbeiterinnen, Genossinnen und Genossen!

Sorget dafür, daß unsere Kundgebungen gegen Krieg und Militarismus

am 26. und 27. Juli

zu mächtigen, würdevollen und leidenschaftsreichen Demonstrationen werden.

Erhebt eure Stimme gegen Völkermord und Völkermord,

gegen Krieg und Militarismus,

gegen den krieggebärenden Kapitalismus!

Krieg dem Kapitalismus!

Krieg dem Krieg!



Devisenturse.

Die tschechische Krone notiert in:

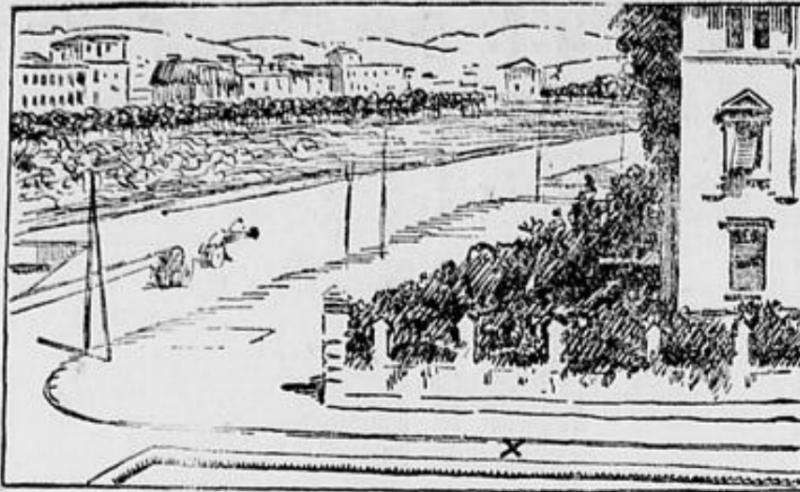
New York	100 Kr	Dollar 2,93,82
Berlin	100	Schweiz. Franc 16,40,00
Wien	1	Mark 122,700,000,00
Wien	1	Schweiz. Kronen 2,088,00

Tages-Neuigkeiten.

„Geistige“ Waffen des Bolshewismus.

In der Sondernummer der „Internationalen Presse-Korrespondenz“ (deutsche Ausgabe) — die von den Bolschewiken früher in Berlin herausgegeben wurde und jetzt in Wien erscheint — vom 24. Juni l. J. wird über die Eröffnung des fünften Weltkongresses der kommunistischen Internationale in Moskau in der bekannten schwalligen Weise berichtet. Unter anderem heißt es in diesem Berichte: „Ein Arbeiter spricht zu den Delegierten: Wenn ihr heimkehrt, arbeitet ohne Raft. Man braucht nichts, kein Parlament und nichts, nur fest zuzupacken.“ Ein Metallarbeiter vom Werk „Der rote Proletarier“ erklärt, einen Riesenhammer schwingend: „Wir haben euch da eine geistige Waffe zum Kampf gegen die Bourgeoisie gebracht. Ihr

Zum Mord an Matteotti.



Obige Abbildung zeigt den Ort des Ueberfalls auf den Genossen Matteotti. An dieser Stelle, im römischen Quartier Flaminio, am Lungo Tevere Arnaldo da Brescia, wurde Matteotti am Dienstag den 10. Juni, nachmittags um 4 Uhr überfallen und von fünf faschistischen Strolchen gewaltsam in ein Auto gebracht.

seid ebenso wie wir, die Schmiede.“ Unter dem brausenden Beifall der Anwesenden legte er das Werkzeug auf den Präsidententisch.

An anderer Stelle heißt es: „Von den Arbeiterinnen der Moskauer Konfektionswerkstätten wird Genosse Sinowjew zum Ehrenschneider ernannt. Der neugeborene Schneider schwingt die Schere, mit der die Gurgel des Kapitalismus abgeschnitten werden wird.“

Also, da haben wir es. Wozu Bücher lesen, in Gemeindevertretungen gehen und dort langwierige Beratungen führen, und weshalb gar sich an parlamentarischen Arbeiten beteiligen? Ein riesiger Hammer und eine Schere tun es auch. Man haut mit einem Hammer ordentlich zu und nimmt wie Sinowjew eine Schere und schneidet dem Kapitalismus die Gurgel ab und — das bolschewistische Paradies ist fertig.

Es ist nicht notwendig, auch nur ein Wort noch über diese Art bolschewistischer Verdummung des Proletariats zu verlieren.

Gegänzte Kommuniken.

Wir finden in einer Ohligser Zeitung folgende Notiz:

Stadt Wiesdorf.

Beigeordnetemwahlen.

Die in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 18. Juni 1924 zu unbeforderten Beigeordneten gewählten Herren:

1. Gewerkschaftsangehörter Friß Schulte,
2. Gewerbetreibender Heinrich Specht

von der Kommunistischen Partei haben nachstehende Erklärung abgegeben, die hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird:

„Ich bin mir bewußt, mit der Annahme des Beigeordnetenamtes Beamter und Untergebener des Bürgermeisters geworden zu sein mit der Verpflichtung des dienstlichen Gehorsams gegen Stadt, Land und Reich und die gesetzmäßigen Anordnungen von deren Organen. Ich bin gewillt, mich dieser Verpflichtung zu unterziehen.“

Inbesondere erkenne ich die Reichs- und Staatsverfassung als für bindend an. Etwasge Instruktionen der Kommunistischen Partei und der Kommunistischen Internationale sind für mich als Beigeordneter nicht maßgebend, vielmehr werde ich mein Amt stets pflichtgemäß im Rahmen der bestehenden Staatsordnung und unabhängig von Parteiinstruktionen führen. Sofern ich nicht durch Anordnungen des Bürgermeisters oder der Reichs- und Staatsbehörden gebunden bin, werde ich mich nur nach eigenem pflichtgemäßem Ermessen entscheiden. Hierbei werde ich mich nicht von den Interessen eines einzelnen Standes, sondern von denen der Allgemeinheit leiten lassen.“

Der Bürgermeister.

So sind die Brüder! So lange sie keinen Einfluß haben, reißt sie das Maul so weit auf wie die Herren von der „Roten Fahne“ oder von der „Internationale“. Winkt ihnen ein Pöfchen, dann kuscheln sie schlummer als jemals einer der „verräterischen“ Sozialdemokraten. Die Arbeiter aber, die auf das wilde Geschrei hineingefallen sind, werden ausgelacht, bis der nächste kommt, der sich mit ähnlichen Mitteln „hinausschwingt“ und dann nichts mehr von sich hören läßt. Aber der Rückgang der kommunistischen Stimmen in Sachsen, Thüringen, Mecklenburg und bei den Betriebsratswahlen im Ruhrgebiet zeigt bereits, daß nicht mehr alle Arbeiter darauf hineinfallen.

Deutschböllischer Kretinismus.

Die neuesten Entdeckungen eines deutschböllischen Altertumsforschers.

Im gut böllisch orientierten Verlag Georg Westermann, Braunschweig, ist ein Buch von Franz von Wendrin, „Die Entdeckung des Paradieses“, erschienen, das wohl den Höhepunkt dessen darstellt, was bisher an böllischen „Forschungen“ im Druck erschienen ist. Franz von Wendrin wird durch dieses Buch

zum gefährlichen Konkurrenten Dinters, dessen verschiedene Sünden wider Geist und Blut im Verhältnis zu dem Kretinismus des Entdeckers des Paradieses wie Jugendtünden eines Mittelschüler verblissen. Apropos: Die Mittelschüler können jetzt ihre Geschichtsbücher auf den Mist werfen und Homers Ilias als Klosettpapier benutzen. Denn Wendrins Buch straft all diese Werke Lügen, Hören, oder vielmehr lachen, wir also:

In Bohuslän in Schweden hat man Felszeichnungen aus alter Zeit gefunden. Wendrin länder nun der Welt, daß die Abbildungen eine uralte Bilderschrift seien, deren Entzifferung ihm gelungen sei, die älteste Bilderschrift, die Bilderschrift der Germanen von vor achttausendertausend Jahren. Eine Bilderschrift von diesem respektablen Alter wäre allerdings keine Kleinigkeit, da die nichtböllische Wissenschaft die bisherige Lebensdauer des Homo sapiens nur auf einige zehntausend Jahre bemißt. Weder gibt Wendrin Abbildungen der Felszeichnungen, noch teilt er den Schlüssel zu ihrer Entzifferung mit. Dieser soll erst in einem späteren Buche folgen, zu dessen Erscheinen es nach eigener Angabe Wendrins nötig ist, daß er die Zeichnungen selbst an Ort und Stelle besichtigt. Bisher kennt er sie also gar nicht.

Was hat nun Wendrin aus diesen Felszeichnungen herausgelesen?

„Ein indogermanisches oder arisches Volk hat es nie gegeben. Das einzige Kulturvolk der Welt sind die Germanen. Sie hatten bereits vor achthunderttausend Jahren eine hohe Kultur. Sämtliche später entstandenen Kulturen müssen daher von der germanischen Urkultur aufgebaut sein. Mithin ist nur die deutsche Sprache eine Sprache für die Wissenschaft. Alle einem anderen als dem germanischen Kulturkreis zugeschriebenen Sagen, die Paradiesesage, die Sagen vom Trojanischen Krieg und der Odyssee, von Jason, von Herkules haben zum Schauplatz Germanien. Sie sind in Wirklichkeit eine einzige Sage. In Germanien ist auch Jesus geboren.“

Der Gipfel des Irrsinns wird von Wendrin aber erst jetzt erstiegen:

„Das Paradies (der Name bedeutet Vauerland der Dänen, denn par ist gleich paurl) befand sich bei Demmin. Dort im Paradies wohnten die Germanen, Goten, was Götter bedeutet. Die Paradiesesage hat, wie die Felsbilder ergeben, eine geschichtliche Grundlage. Die Germanen hatten nämlich auf das Ebräerwild (Ebräer bedeutet Wildschweinbaitard und ist von Eber abgeleitet!) Treibjagden gemacht und die Ueberbräer als Haustiere gezähmt. Durch Blutmischung mit den Germanen wurden die Ebräer Halbtiere. Als nun die Germanen einst auf weiter Seefahrt waren, erhoben sich die Ebräer und setzten sich in den Besitz des Paradieses. Ein großer Teil der germanischen Bevölkerung flüchtete vor ihnen in die besetzte Stadt Triebsees, die mit Troja identisch ist. Die Ebräer belagerten die Stadt. Daraus ist die Sage vom trojanischen Krieg entstanden. Der Stenedamm bei Triebsees ist die Insel Tenedos.“

Wendrin war natürlich auch in Triebsees, das in Vorpommern liegt, und hat dort Erkundigungen eingejogen. Dabei hat folgendes herausgeschaut — bei den Erkundigungen natürlich und nicht bei Wendrin, der die rückwärts geschlichte Babyhose nur dann anzieht, wenn er Erforschtes zu Papier bringt:

„Ich habe bisher deshalb nicht nach dem hölzernen Pferd in Triebsees nachforschen wollen, weil ich mit einem gewissen Recht angenommen hatte, daß ein hölzernes Pferd bei der Einnahme von Troja-Triebsees doch verbrannt ist und deshalb ein Nachforschen nach einem solchen Gegenstand zwecklos wäre.“

Der „logische“ Zusammenhang wird erst bei dem folgenden klar. Nach unseren Geschichtskennntnissen wurde Troja von den Belagerern eingenommen. Bei Wendrin

... kam es anders. Der Gottkönig schickte in der Ebräerwelt Boten zu den abwesenden Germanen aus, um sie zurückzurufen. Sie waren schwer heranzubekommen, da sie vielleicht an der grönländischen Küste Robben fingen oder in Afrika

waren. Darnach schändeten die Ebräer Weiber und Kinder, töteten sie und fraßen die Leichen.“

Die Ebräer wurden natürlich geschlagen und verjagt.

„Die letzten Ebräer, die bei Meseritz nicht geflohen waren, flohen die Paddis (Pattolus!) hinter, aber die germanischen Hilfstruppen öffneten die Oberfläulen bei Pabus und die Ebräer ertranken größtenteils. Von diesen Ereignissen stammt der Ausdruck „panischer Schrecken“. Er bedeutet Ebräersrecken an der Peene!“

Troja — pardon: Triebsees — wurde also nicht eingenommen, das hölzerne Pferd, nach dem Wendrin ja ohnehin noch nicht nachgeforscht hat, ist also sicherlich auch nur eine jüdische Erfindung. Ja, diese Juden! Sie haben auch folgendes verbrochen:

„Um den Germanen den Ruhm des Sieges bei Meseritz zu nehmen, haben die nach Asien geflüchteten Ebräer die Geschichte des Kampfes um das Paradies völlig entstell, indem sie seinen Schauplatz nach Asien verlegten. Dies ist ihnen aber nicht ganz gelungen. Zum Beispiel haben sie den Namen des Städtchens Jerichow in der Provinz Saxe in einem Ort in Palästina gegeben, was gewichtige Schlüsse zuläßt. Ferner erzählen die Babylonier, daß die Arche nach der großen Flut im Niltgebiet gelandet ist. Vest man den Namen Nisir in ebräischer Weise von hinten nach vorn, so erkennt man, daß das Riesengebirge gemeint ist. Und dem Namen Sinai ist uns schwer anzumerken, daß damit der Jodben gemeint ist, denn dieser Berg hieß früher Sinesse gleich Sinai. Uebrigens ist der Name Jodben auch mit Sabbath begriffsverwandt. Aus alledem ergibt sich, daß die Bibel rein germanische Geschichte ist.“

Zum Schluß stellt Wendrin noch fest:

„Alle Ebräer auf der ganzen Welt wünschen uns durch langatmige Gebete, die bis zur Sinnlosigkeit gesteigert werden, Unglück und Untergang. Durch Fernsuggestion zwingen sie uns solche Gedankengänge auf und schlafern uns systematisch ein. So wird uns Christen und besonders uns Germanen ein gedanklicher Verwirrungsfleier um die Köpfe gelegt und die eigene Denkwiese gelähmt.“

Bei Wendrin stimmt diese Feststellung auf ein Haar. Jedoch ist hier kaum die Fernsuggestion die Ursache. Es sei denn, daß Wendrin sich in Pommern allzuoft in der Nähe von Hornviehherden aufgehalten hat. Frei nach Wendrin ist Ochse mit Hakenkreuzler sicher identisch.

Landwirtschaftliche Genossenschaften. Wie das „Pravo Lidu“ mitteilt, soll nach dem Regierungsentwurf über landwirtschaftliche Genossenschaften und Landwirtschaftskammern in der Regel in jedem politischen Bezirke je eine landwirtschaftliche Genossenschaft errichtet werden, die in ihrem Sprengel die landwirtschaftlichen Interessen zu wahren haben wird. Die Genossenschaft wird aus sechs Gruppen bestehen, deren Delegierte die Generalversammlung bilden werden. (Bedienstete und Arbeiter (1), Besitzer und Pächter bis zu 5, 5-20, 20-40, über 40 Hektar (2-5) und landw. Lehrer und Beamte, und Besitzer, die alle Grundstücke verpachtet haben (6). — Die Kammern sollen die Genossenschaften verbinden und werden in Prag, Brünn und Preßburg errichtet. Sie sollen aus Vertretern der Genossenschaften, Vorkämpfern und Vereins- und Körperschaftsvertretern, die das Ministerium für Landwirtschaft bestimmt, bestehen.

Das Ende der Ergreiferanteile und Anzeigerbelohnungen. Gestern wurde in der Gesetzesammlung unter Nr. 157 das Gesetz vom 25. Juni d. J. kundgemacht, durch welches auf dem ganzen Gebiete der Republik die Bestimmungen über die Belohnung der Anzeigen bei Gefesübertretungen bezüglich der direkten Steuern und der Umsatz- und Zugsteuer aufgehoben werden. Ferner wird unter Aufhebung der bisherigen Bestimmungen verfügt, daß die reinen Ueberflüsse der Gefällsstraßen zum Teile der Staatskassa und zum Teile dem Wohlstandsfonds der Gefällsstraßen nach dem vom Finanzminister zu bestimmenden Verhältnissen zufallen. Der an die Staatskassa fallende Teil kann zur Verteilung von Belohnungen an Personen verwendet werden, die sich um die Aufdeckung und Erhebung von Gefällsstraßenbelikten besonders verdient gemacht haben, der zweite Teil zur Unterstützung von Angehörigen der Gefällskontrolle, der Grenz- und Linienverzehrungssteuer, insbesondere zur Erziehung ihrer Kinder. — Für die Slowakei und Karpathenland wurden die hier schon längst aufgehobenen Ergreiferanteile bei Stempel- und Gebühren-Kontraventionen gleichfalls aufgehoben.

Durch Explosion einer Graspitronne wurden zwei Arbeiter der Schlossereifirma Goldmann in Dstfi schwer verletzt; der eine kam um beide Augen, dem anderen wurden sechs Finger abgerissen.

Der Riesenmonolith für die Prager Burg. Der „Becker“ meldet aus Prazaotin, daß dort mit den Arbeiten für einen neuen Riesenmonolith, der als Denkmal der nationalen Befreiung im Paradiesgarten der Prager Burg aufgestellt werden soll, begonnen wurde. Der erste Monolith ist bekanntlich beim Transport zerbrochen. Der neue Obelisk wird 19 Meter hoch sein (um zwei Meter höher als der erste), die Basis wird ein Quadrat von eineinhalb Meter Seitenlänge bilden, die Kontenlänge an der Spitze wird ein Meter betragen. Auch das Granitmaterial wird wertvoller sein, da der Mod aus den tieferen Schichten ausgebrochen wird. Das Gewicht des Monolithen wird etwa 100 Tonnen betragen. Der neue Obelisk soll schon im Herbst in den Paradiesgarten transportiert werden.

Die Todesfahrt eines Bremserd. Zu dem Eisenbahnunglück in Warnsdorf, über das wir gestern berichtet haben, wird uns gemeldet: Die am Dienstag in dem Trümmersfeld beim Warnsdorfer Bahnhof sofort aufgenommenen Aufräumungsarbeiten sind so weit fortgeschritten, daß heute, Mittwoch, die Leiche Ostermanns zwischen den Trümmern eingeklemmt aufgefunden wurde. Man hofft, sie im Laufe des Donnerstag zu bergen.

Einen Akt besonderer Beamtenrückwärtslosigkeit hat sich am vergangenen Sonntag der diensthabende Beamte des Bodenbacher Bahnhofes geleistet. Der von Komotau um 20.10 Uhr eintreffende Personenzug Nr. 408, der einen im Fahrplan mit 20 Minuten Zeitspanne garantierten Anschlag an den Sportschnellzug Bodenbach-Prag (Zug Nr. 184, Bodenbach ab 20.30 Uhr) haben soll, traf an diesem Tage in Bodenbach mit 30 Minuten Verspätung, also um 20.40 Uhr, ein. In denselben Augenblick nun, als der erste Wagen des Personenzuges am Bahnsteig einlangte, setzte sich der Sportschnellzug, den der Verkehrsbeamte, der selbstverständlich auch die genaue Anfahrtszeit des Personenzuges wußte, bis dorthin, also zehn Minuten lang, zurückgehalten hatte, in Bewegung, so daß es keinem der Erzgüterauskäufer, die am Morgen mit den ermäßigten Karten die Einfahrt angeerbet hatten, mehr möglich war, noch Sonntag nach Prag zurückzufahren. Da dies ohne weiteres durch eine weitere Verlängerung des Schnellzugaufenthaltes um nur drei Minuten leicht möglich gewesen wäre, kann man das Gefühl, daß hier absichtlich Bosheit vorliegt, nicht unterdrücken. Soll auf diese Weise der Bahnverkehr für die Verwaltung rentabler gestaltet werden? Die Touristenfahrarten sind natürlich durch den verhinderten Zuganschluß ungünstig geworden und die Fahrpässe müssen aus neuen den vollen Fahrpreis, bei Schnellzugbenützung also 32.80 K., entrichten. Das Sonntagsvergügen ist damit noch lange nicht zu Ende. Denn nun steht der Reisende — durch die geltenden Bestimmungen gegenüber der unverantwortlichen Bahn machtlos — vor der Wahl, von 20.40 Uhr bis 1.25 Uhr sich in den Bodenbacher Nachtlokalen zu „vergnügen“ und sein Geld loszugeben, oder ein Hotel aufzusuchen, um nach wenigen Stunden Schlaf mit dem ersten Schnellzug am nächsten Morgen nach Prag zurückzufahren. Da dieser Zug aber erst um 8.30 Uhr schplanmäßig, oft aber später in Prag eintrifft, hat man es hier mit einem Akt zu tun, der vor allem die arbeitenden Schichten der Bevölkerung trifft, denen sich auch hier eine Bürokratie feindlich in den Weg stellt. Diese Klassenfeindschaft ist auch sonst bei diesem typischen Sportschnellzug auf den ersten Blick erkennbar: Der Zug wird, wie alle diese Prager Vergnügungszüge deshalb zu ermäßigten Preisen befahren, damit jener Teil der Bevölkerung, der die normalen Fahrpreise nicht erschwingen kann, eine Gelegenheit hat, unter ihm annähernd erschwüngen Bedingungen die weitere Umgebung seines Wohnortes kennen zu lernen. Deshalb die 50prozentige Fahrpreisermäßigung. Daß diese Einrichtung nach Möglichkeit auf eine bloße Augenausweiderei reduziert werden soll, beweist man die überaus hohe Ladefache, daß dieser Sportschnellzug, gleichwohl, als ob er ein Luxuszug wäre, einen ganzen und drei halbe Wagen dritter Klasse, aber fünfzehn Wagen erster und zweiter Klasse mitführt. Von diesen sind drei ganze Wagen ganz schwach besetzt, ja gegen die Zielstation zu leer. Werden diese Wagen vielleicht deshalb mitgeführt, daß die in den wenigen Abteilen dritter Klasse dicht gedrängt stehenden Menschen sich verlockt fühlen sollen, diesem Vergnügen des Vergnügungszuges dadurch ein Ende zu machen, daß sie in die leere zweite Klasse hinübergehen — und dort natürlich 100 Prozent aufzahlen müssen? Die Bahnverwaltung hätte dann allerdings die gewählte Ermäßigung wieder heringebracht. — Im alten Oesterreich war das Publikum für die Bürokratie da, jetzt endlich ist es Zeit, daß wir uns bewußt werden, daß die Beamten für die Bevölkerung da sind. Sollten Herren, wie der Bodenbacher Verkehrsbeamte und Vorstand in ihrer Erkenntnis noch nicht weit genug sein, dann muß es die Möglichkeit geben, ihnen das nötige Verständnis beizubringen. Freilich: wenn es eine Gastbarmachung für diese Zustände gäbe, wären sie im Nu beseitigt. Vorläufig aber müssen die Reisenden in diesem Staate immer mit der unbestimm-

Die „Letzte Nacht“ wird doch aufgeführt!

Klänglicher Rückzug der Teplitzer Theaterintendanz.

Teplitz, 16. Juli. Gestern in später Abendstunde ist die Entscheidung über das Ausführungsverbot von Karl Kraus' „Die letzte Nacht“ gefallen. Die Aufführung ist sowohl von der Theaterintendanz des Teplitzer Stadttheaters als auch vom Teplitzer Stadtrat bewilligt worden.

Die sozialdemokratische Bezirksorganisation hat seinerzeit in ihrem Briefe an den Teplitzer Bürgermeister erklärt, daß sie dem Wunsche, für die geschlossene Vorstellung am 27. Juli ein anderes Stück vorzuschlagen, nicht nachkommen könne. Am letzten Samstag haben beim Bürgermeister die Genossen Dr. Sella, Hofbauer und Kremsler vorgesprochen und neuerlich das Verlangen gestellt, daß die Intendanz dem Ansuchen der Arbeiter stattgeben möge.

In der Sitzung der Intendanz am Montag wurde nach einer langen oft sehr erregten Debatte beschlossen, an die sozialdemokratische Bezirksorganisation ein Schreiben zu richten, in dem die Intendanz zuerst festzustellen versucht, daß sie die Aufführung der „Letzten Nacht“ niemals verbieten, sondern lediglich den Wunsch nach Auswahl eines anderen Stückes ausgesprochen hätte. Da nun durch Zusicherungen feststeht, daß „der Charakter der Vorstellung als einer streng geschlossenen gewahrt wird“, daß fobin „gefährliche Störungen“ ausgeschlossen sind, so erklärt die Intendanz, daß sie gegen die Aufführung des Stückes keine Einwendung zu machen erhebe.

Unfere Genossen, die zum Schluß als Vertreter der Bezirksorganisation zu der Sitzung beigezogen wurden, haben dieser Vereinbarung zugestimmt.

Natürlich paßte dieser Rückzug der Theaterintendanz einigen Stadträten nicht und sie versuchten darum, mit aller Macht in der am gestrigen Tage stattgefundenen Stadtratsitzung

die Aufführung des Stückes zu verbieten. Diese Herren (unter Führung des Marxistenführers Dr. Stradal und des l. Obersten Fleischer) machten geltend, daß die Theaterintendanz angeblich ihre Kompetenz überschritten habe und daß der Stadtrat darüber zu entscheiden habe, ob das Theater zur Aufführung der „Letzten Nacht“ überlassen werde.

Mit sechs gegen drei Stimmen wurde nun in der Stadtratsitzung der Antrag, der die Intendanz der Kompetenzüberschreitung bezüglich, abgelehnt. Der Stadtrat mußte also selbst zugeben, daß die Intendanz ihre Kompetenz nicht überschritten habe und daß daher der Beschluß der Intendanz, das Stück dennoch ausführen zu lassen, nicht mehr desavouiert oder umgestoßen werden könne.

Nachdem nun dieser Antrag vom Stadtrat abgelehnt worden war, war es selbstverständlich, daß der zweite Antrag, nach welchem der Stadtrat der sozialdemokratischen Partei das Theater zur Aufführung des Stückes die „Letzte Nacht“ nicht überlassen solle, gegenstandslos wurde.

Die Kampagne der Teplitzer Spießer, die mit aller Macht die Aufführung der „Letzten“ bezeichnete und die Nachricht als eine Lüge und diese gewaltige Anklage gegen den Krieg ihr „jüdisch-deutsches Nationaltheater“ hätte vielleicht entweichen können, hat also mit einer jämmerlichen Blamage geendet. Der Theaterintendanz war schließlich nichts anderes übrig geblieben, als einen durch gewundene Phrasen gebildeten Rückzug anzutreten. Es wäre wirklich zu toll gewesen, wenn der Teplitzer Stadtrat auch jetzt noch gegen die Aufführung des Stückes Einwände erhoben hätte. Er hätte ja der Blamage der Theaterintendanz nur die eigene Borniertheit als Krone aufsetzen können.

ten Hoffnung fahren: Vielleicht hat der Fahrplan recht, vielleicht auch nicht... und sie tun gut daran, sich auf das Letztere vorzubereiten.

Totale Mondesfinsternis am 14. August. Wie aus astronomischen Kreisen mitgeteilt wird, wird am 14. August dieses Jahres in Mitteleuropa der vollständige Verlauf einer Mondesfinsternis zu beobachten sein. Bei unserer Breitengrade geht der Mond an dem bezeichneten Tage gegen 19 Uhr auf. Die Finsternis beginnt gegen 19 Uhr 30 Minuten, die totale Verfinsternung des Mondes tritt gegen 20 Uhr 30 Minuten ein. Gegen 23 Uhr hat die astronomische Erscheinung ihr Ende erreicht.

Ueber die „Schwarze Reichswehr“ darf nicht geschrieben werden. Am Dienstag erschienen in der Redaktion der „Dresdener Volkszeitung“ Kriminalbeamte, um im Auftrage des Oberreichsanwaltes nach der Quelle und dem Verfasser eines Artikels zu fahnden, in dem über die öffentliche Sitzung des Ausschusses, den der sächsische Landtag zur Untersuchung der Uebergriffe der Reichswehr gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt hat, berichtet wurde. In dem Bericht war unter anderem mitgeteilt, daß sich der Ausschuh mit der Frage der sogenannten schwarzen Reichswehr befaßt habe. Gegen den Verfasser soll ein Landesverratsverfahren eingeleitet werden. Da die Kriminalbeamten seine berichtigende Auskunft erhielten, durchsuchten sie den Schreibtisch des verantwortlichen Redakteurs. Ihre Bemühungen, das Manuskript aufzufinden, blieben jedoch ergebnislos.

Zwei standrechtliche Erschießungen in Lemberg. Mittwoch mittag wurde das Urteil in dem Prozeß gegen die Urheber des mißlungenen Dynamitanthlages auf die Lemberger Munitionsmagazine gefällt. Das Standgericht verurteilte die beiden Angeklagten und zwar Dietrich und Solonenko zum Tode durch Erschießen. Die Vollstreckung des Urteiles erfolgt am Nachmittag.

Massenmörder Haarmann. Wie die Blätter aus Hannover melden, hat der Massenmörder Haarmann schon 12 Morde eingestanden. In seinen letzten Aussagen hat Haarmann den Mitbeschuldigten Grans schwer belastet, gegen den auch anderes Beweismaterial vorliegt. Nach ärztlichem Gutachten stammen die bei der Absehung des Leinwandstückes gefundenen Knochen von 24 Menschen. Auf Grund der bisherigen Ermittlungen kann mit Sicherheit gesagt werden, daß es sich um mindestens 20 Opfer handelt.

Der Traum der Alchimisten verwirklicht. Dem Professor Nietzsche, Chemiker an der Technischen Hochschule in Berlin-Charlottenburg, ist es gelungen, das Quecksilberatom durch Behandlung mit außerordentlich starker Lichtenergie zum Zerfall zu bringen, wobei metallisch reines Gold resultiert. Wissenschaftlich ist die Sache keine Bedeutung, wissenschaftlich ist sie jedoch eine glänzende Bestätigung der neueren Atomtheorien.

Sorge um die Bluteinheit. Graf Westarp, der Führer der Deutschnationalen, hat nebenher noch allerlei schwere Familien Sorgen. Der deutschvölkische Abg. Wulle hat ihm vor einiger Zeit als Oberhaupt derer von Westarp im „Deutschen Tageblatt“ hart angegriffen, weil sich ein Neffe von ihm mit einer Jüdin, namens Rosen-gart, verlobt habe. Westarp wurde aufgefordert, den „blutschänderischen Verwandten die nötige Achtung zu verschaffen“. Die Bemühungen des Grafen sind insofern von Erfolg begleitet, als er jetzt in der „Kreuzzeitung“ der Öffentlichkeit gegenüber feststellt, er habe sich davon überzeugt, daß die Familie Rosen-gart im Kreise Beskow rein christlichen Ursprungs sei und niemals mit jüdischem Blut sich vermischt habe. Schade, daß Graf Westarp nicht die Methode verrät, nach der diese Feststellungen getroffen hat.

Der Wiener Akademische Senat zur Hochenegg-Affäre. Der Wiener Akademische Senat hat

sich mit der Affäre Hochenegg befaßt, da Prof. Hochenegg wegen der Vorwürfe, die die Kammer gegen ihn gerichtet hat, eine Disziplinaruntersuchung gegen sich beantragt hatte. Der Akademische Senat hat erkannt, daß zur Einleitung einer Disziplinaruntersuchung kein Anlaß vorhanden sei, da die Vorwürfe, die Prof. Hochenegg gegen die Kammer erhoben hat, im großen und ganzen richtig seien.

Granaten wie Pfastersteine in Budapest. Montag nacht fand ein Budapest Polizeibeamter in den Parkanlagen des Freiheitsplatzes im Gebüsch versteckt eine Handgrate und eine größere Eiergranate. Die Untersuchung wurde sofort eingeleitet. „Allem Anschein nach“ wollte jemand, der noch die Waffen aus der Kriegszeit besaß, sich derselben entledigen.

Finanzeller Zusammenbruch der französischen Kommunisten. Die „Humanité“ veröffentlicht einen Aufruf der kommunistischen Parteileitung, wonach sie mit ihren Finanzen vollständig zu Ende sei und ein ungeheures Defizit von 700.000 Franken habe. Alle Parteimitglieder werden aufgefordert, zumindest einen Tagesverdienst abzuliefern, damit der Parteiapparat wieder bedient werden kann. — In Moskau scheint sich von den Erfolgen seiner französischen Sektion wirklich sehr wenig zu versprechen, weil es seine Taktiken so hermetisch vor den französischen Kommunisten verschließt.

Der Hunger in Südrussland. Im Gouvernement Podoilien beginnt bereits die arme Bauernschaft in den von der Hungersnot betroffenen Bezirken ihr Vieh zu verkaufen, was dem Sinken der Viehpreise zur Folge hat. In dem Bestreben, die arme Bauernschaft vor Spekulant zu schützen, gewähren die Genossenschaften den Bauern gegen Verpfändung von Vieh Darlehen.

Hindus gegen Muselmanen. Neuter meldet aus Simla: Nach den neuesten Nachrichten haben Dienstag die Kämpfe zwischen den Hindus und den Muslimen wieder begonnen. Die Ursache soll darin liegen, daß die Hindus daran verhindert worden seien, gelegentlich des Bakrid-Festes ihrem Niwas entsprechend eine Kuh bei einer Prozession durch die Stadt zu führen. Die Hindus konzentrierten sich auf der Ostseite von Saddar Bazar, während die Mohammedaner die Westseite besetzten. Als der Kampf kaum begonnen hatte, griff die Polizei mit Panzerwagen ein. Die wenigen Läden, die noch geöffnet waren, wurden in aller Eile wieder geschlossen. Nähere Einzelheiten stehen noch aus. — Eine spätere Meldung aus Delhi befaßt: Bei den religiösen Unruhen zwischen den Hindus und den Muslimen, sind sechs Tote und über 100 Verwundete zu verzeichnen.

Niesenwaldbrände in Amerika. Hobas meldet aus San Francisco: Längs der Küste des Pazifischen Ozeans und Britisch-Kolumbiens wüten große Waldbrände. Schon jetzt beträgt der Schaden mehrere Millionen Dollar. Glücklicherweise sind in den letzten Tagen ausgiebige Regengüsse eingetreten, die das Ausbreiten der Brände verhindern. In den Vereinigten Staaten und Britisch-Kolumbien herrscht große Besorgnis wegen der vielen Farmerfamilien, die in der Nähe der Brandstätte wohnen. Von vielen Farmerfamilien in den Staaten Washington und Idaho sind keine Nachrichten zu erlangen.

Wetterübericht vom 16. Juli. Im Osten kam es Dienstag noch zu einzelnen Regenschauern und Lokalgewittern. Im übrigen nahm die Bewölkungsabnahme ab. Der abflauende nördliche Westwind und die Wärmestrahlung des Bodens nach eingetretener Ausdehnung hatten in der letzten Nacht eine beträchtliche Abkühlung zur Folge. Die Temperatur fiel durchwegs unter zehn Grad Celsius, in Deutsch-Brod und Pteron auf fünf Grad, in Neumarkt auf zwei Grad Celsius. Mittwoch ist starke Erwärmung eingetreten. Das binnenländische Hochdruckgebiet befindet sich in vorübergehender Zersetzung. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Wechselnd bewölkt, schwül, Neigung zu lokalen Gewittern.

Die gottloje Fibel.

Die neue, von einer Wiener Lehrgemeinschaft herausgegebene, im abgelassenen Schuljahr zum erstenmal verwendete Fibel — die übrigens gar keine Fibel, sondern ein erstes Lesebuch ist — hat von vornherein die Gemüter der Beteiligten und Unbeteiligten in heftige Bewegung versetzt. Alle Weiber beiderlei Geschlechtes und jeder Altersstufe die das Buch zufällig kennen gelernt hatten, erzählten von der neuesten pädagogischen Schandtat der Reiten, von dem Lesebuch, in dem es weder sittliche Moral, noch frömmelnde Betrachtungen gibt und wer dazu Begabung besitzt (diese Begabung ist bei uns nichts Seltenes), ernte an dem Buch das Gruesum bis zur höchsten Vollendung. Ein Lesebuch ohne Geschichten von dem faulen „Hänschen“ und dem fleißigen Eduard, ohne das fromme Huhn, das „dankbar“ bei jedem Korn zum Himmel aufblickt, ein Lesebuch in dem nicht viermal auf jeder Seite von der Güte, Größe, Weisheit, Allmacht Gottes erzählt wird, ein Lesebuch, das nur von Bekanntem und dem Kinde Verstandlichen spricht: — wehe, wehe! Mein sieh wieder einmal, wie weit uns die Republik gebracht hat

vor, das Christkind und der „Mikolo“ begnügen sich damit, ihre Gaben zu bringen und enthalten sich jeder religiösen Einwirkung. Dabei ist diese Unterlassung sicherlich kein Zufall, sondern legt tief im Gedankengang des Werkes verankert, in seinem eigentlichen Grundgedanken: von der Seele des Sechsjährigen auszugehen und keine Vorstellung heranzuziehen, die dem Kind nicht bekannt und interessant ist. Das „rote“ Lesebuch hat, um das hübsche Wort eines Lehrers zu wiederholen, die „Entdeckung des Kindes“ zur Voraussetzung und wenn auf dem Titelblatt voransteht von einer Lehrgemeinschaft steht, so merkt man auf jeder Seite, daß diese Bezeichnung voll und ganz zutrifft.

Aber nicht nur die „Gottlosigkeit“ ist zu rügen, auch andere Vorwürfe können mit Fug und Recht erhoben werden. Eine nichtige Fibel fängt mit A—st an. Das hat man in der ersten Schulstunde zu lernen. So haben wir alle gelernt und so muß es weitergehen bis zum Ende der Zeiten. Denn schließlich, — das ist das ewig wiederkehrende, untwiderlegliche Argument — haben wir alle ja doch das Schreiben erlernt und es ist nicht einzusehen, warum das jetzt anders gemacht werden soll: der Aft aus der Tafelkassette hält uns fest, wir hängen an ihm — bildlich gesprochen — unser ganzes Leben lang. Aft — Aft Rest — Rest — was darüber ist, ist von Aftel, wenigstens in der ersten Schulstunde.

Die etwa auftauchende Erinnerung, daß

er in der ersten Schulstunde mit besagtem „Aft“ noch keinerlei festumrissene Vorstellung verknüpfte, sondern sich den Begriff erst „erklären“ lassen mußte, hört den Herrn Hubermaier nicht im mindesten. In der ersten Stunde lernt man schreiben, nicht sehen, beobachten, denken. Schreiben und damit basta!

Diese Meinung des Herrn Hubermaier wird freilich von den Herausgebern der gottlosen Fibel nicht ganz geteilt. Sie neigen vielmehr der Ansicht zu, daß die Schule keineswegs mit dem Schre bunnerrisch zu beginnen habe. Zuerst kommt vielmehr eine längere Beobachtungszeit, in der der Lehrer Sprech- und Denkfähigkeiten seiner kleineren Hörer zu erkunden hat. Die Absehbungen sind also zunächst einmal Sprechschüler, sie werden in der Lautbildung eingeführt. Natürlich geschieht dies nicht nach der Methode gefühllos geahnter Menschennatur, die man ebendem Pädagogik nannte, auf dem Wege der Regeln und sonstigen Geistesverrenkung. Die Lauten werden geübt, singend geübt und durch kleine Verse, an die nur eine Forderung gestellt wird: sie müssen lustig sein. Gaben die kleinen Leute einen Laut inn, dann tritt die Fibel in ihre Rechte — das Zeichen für den Laut wird gezeigt. Die ersten Buchstaben sind mit der Reibfeder geschrieben, in einfachsten Formen: M I M A M A M A und die ersten Worte. Sie müssen keinem Wienerkind „erkärt“ werden; dazu ein Bild, das eine strickende junge Frau auf einer Gartenbank zeigt, ihr zu Füßen ein

spielendes kleines Mädchen. Die Mutter trägt durchaus moderner Kleidung und Haartracht und sieht nicht wie jener Männerfisch aus, den tugendhafte Kinderbücher immer als „Mutter“ brachten. So geht die Sache auch weiter. Schon Seite 3 zeigt RUD auf dem RAD, den EDI bewundert, dann folgte eine Szene zwischen MIMI und MINA, in der der neue HUT anerkannt wird, ein lustiger Wirbelwind jagt die Kinder und NERO durcheinander. Auf Seite 6, die „Vater auf dem Sofa“ vorführt (auch kein Lesebuch-Vater, denn er raucht eine Pizarre, keine Pfeife und hat keinen Andreas-Hofer-Bart) entschließt sich Mimi und Rudi schon, um die Stille zu wahren: „ich lese“. So reiht sich ein Bild aus dem Kinderleben an das andere, lauter Bekanntes, nichts was schulmeisterlicher Erklärung bedarf. Das Waschen am kalten Morgen, der Mikolo, dem man die Schuhe hinausgestellt hat, der Postkasten, der Lastwagen, Christbäume, Kalender für das neue Jahr — das ist die Welt, in der das Kind wirklich lebt, keine sorgsam präparierte Welt für das Alter unter zehn Jahren. Auch später wenn das Bild allmählich hinter den Worten zurücktritt, bleibt die enge Verbindung mit dem Alltag. „Wir laufen ein“ — frische Eier, zehn Stück, ein Kilo Mehl, Zucker, Rosinen, der Liter Essig wird fast vergessen, aber dann heißt es: der Rudi wird denn noch einmal herunterkommen und den Essig holen — er hat ja nicht weit zu laufen. Welches Kind hätte solche Reden nicht schon ge-

Volkswirtschaft.

Streik und Aussperrung im Mährisch-Schönberger Textil-Gebiet.

Die Angestellten und Werkmeister im Mährisch-Schönberger Gebiet sind am 14. Juli wegen Lohnunterschieden in den Streik getreten, was zur Folge hatte, daß die Unternehmer auch die Arbeiterentscheidung entlassen haben. Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiterschaft es ablehnte, die Arbeit der Werkmeister zu verrichten. Dieser Umstand betraf die Unternehmer, die Betriebe ganz zu sperren. Annähernd 2400 Arbeiter werden in den Webereien, Spinnereien und Fleischerien dieses Gebietes so lange feiern müssen, bis der Lohnkampf der Angestellten ausgeglichen ist. Ueber den Verlauf der Bewegung werden wir nächstens berichten.

Ein „Streik“ der jugendlichen Arbeiter in der Tafelglasindustrie.

Wir haben schon an dieser Stelle auf die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Tafelglasindustrie hingewiesen, unter der die Gesamtarbeiterschaft arbeitet und leidet. Dieser Umstand veranlaßte die Gewerkschaftsorganisationen, den Vertrag zu kündigen und Forderungen zu stellen, um Verbesserungen herbeizuführen. Nachdem die Unternehmer sich hartnäckig zeigten, kam bis zum Ende des 30. Juni kein neuer Vertrag zu Stande, es begann vielmehr ab 1. Juli ein vertragsloses Verhältnis für die Tafelglasindustrie, welches mit einem zweijährigen Proteststreik eingeleitet wurde, der wohl einige Verlängerungen erfahren hätte, aber infolge des Umstandes, daß sich der Arbeitgeberverband noch im letzten Augenblicke bereit erklärte, eine Basis zur Beilegung des Konfliktes zu suchen, beendet wurde, in der Erwartung, daß die baldige Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nun bevorsteht. Es wurde auch tatsächlich am 5. Juli von den Vertretern der Gewerkschaftsorganisationen (einschließlich der kommunistischen Gewerkschaft) und den Vertretern des Arbeitgeberverbandes ein Protokoll unterzeichnet, welches ein Provisorium bis zum 15. Juli schafft und vorsieht, daß bis zum 19. Juli der Abschluß eines neuen Vertrages erfolgt. Nach diesem Provisorium wäre den Arbeitern für diese Zeit auf Grund ihrer Forderungen ein Vorschuß auszuzahlen, welcher später nach dem Ergebnis der Verhandlungen verrechnet werden würde.

Alle jene, die über den Verlauf dieser Tatsachen unterrichtet waren, konnten sich nicht genug wundern über das Verhalten der jugendlichen Arbeiter und der kommunistischen Presse. Da es aber nun schon einmal die Methode dieser Faktoren ist, sich durch Kopfstolzigkeit und Demagogie auszuzeichnen, ist es erklärlich, daß trotz der oben angeführten Tatsachen eine Arbeitsverweigerung der Jugendlichen in den Tafelglasfabriken erfolgte, und sowohl der „Vorwärts“ als auch die „Internationale“ Berichte über einen Streik der jugendlichen Tafelglasarbeiter veröffentlichten zu einer Zeit, wo selbst diese Streitperiode längst wieder erledigt war und die Veranstalter inne geworden sind, daß sie schlecht beraten waren.

Die in der kommunistischen Presse über diesen „Streikabschluß“ veröffentlichten Berichte sind auch heute noch so lehrreich, daß sich ihre Lektüre besonders den kommunistischen Arbeitern empfiehlt. . . . Man muß doch annehmen, wenn eine Konferenz unter ausdrücklicher Zustimmung des Vertreters der Jugendlichen einstimmig Beschlüsse fassen, von den Jugendlichen und der betreffenden Gewerkschaft, die diese angeht, in diesem Falle also der J. A. V. Sorge getragen wird, daß solche Beschlüsse auch eingehalten werden.

Nun wird das anfangs Juli abgeschlossene Protokoll, welches, wie wir nochmals feststellen, auch von der Sektion der Glasarbeiter des J. A. V. unterzeichnet wurde, von der kommunistischen Presse dazu benützt, um in skrupelloser Weise die Arbeitsüberlegung der Jugendlichen, die so leichtsinnig vom Faß gedrohen wurde, zu rechtfertigen. Dieses Protokoll gebe „nicht die Gewähr zur Erfüllung der gestellten Forderung, und außerdem seien die Hilfsarbeiter von der vorgesehnen

hört.“ Auf die „Apfelsinen“ und „Möhren“ wartet man vergebens. Das Spiel mit dem Baukasten und dem „Sakerl“, der Rauchfangzieher, der „Manari“, die Maus in der „Speis“, die Jause mit dem Gagehupf bis zum Spaziergang auf die Ringstraße und zur Fahrt mit der Straßenbahn muß nicht ein Wort „ausgedeutet“ und verdeutlicht werden. Alle Beobachtungen entsprechen dem Gedankengang und der geistigen Kraft des Kindes. Die Sechsjährigen sind in diesem Buch zugegen, sie müssen nicht erst mühselig eingeführt werden.

Dem Buch ist ein Zetelchen beigegeben, dessen Buchstaben nicht gleich breit sind (wie bisher immer) sondern ihre natürliche Breite haben, so daß das Wortbild unverzerrt bleibt. Bei der Zeichnung ist der entwicklungsgeographische Weg beibehalten. Aus dem Großbuchstaben entwickelt sich erst allmählich der Kleinbuchstabe, die sogenannten Uebergangsschriften sind vollständig enthalten. Im Gegensatz zu den bisher meist verwendeten Fabeln fehlt die Schreibrift vollständig, das Schreiben wird überhaupt anfangs nur im Dienste des Lesens als gelegentliche Zeichnungsbildung geübt, erst im zweiten Jahrgang systematisch betrieben, wobei das Kind beim Buchstaben die schon bekannten Buchstabenformen nachschreiben soll von selbst die Notwendigkeit der Verbindungsstriche, Schleifen usw. erkennt und eine neue Form, ohne beirrt zu werden, aus der bekannten ableitet. Das Wiener Kinderbuch ist

Auszahlung eines Vorschusses ausgeschlossen.“ Hier muß festgestellt werden, daß in dem genannten Protokolle alle Arbeiter der Betriebe inbegriffen, jede andere Auslegung will die Definitivität täuschen! Daß dabei auch sehr viel von den „reformistischen Gewerkschaften“ und unseren Vertrauensmännern geschrieben wird, ist nach der Sachlage der Dinge nicht verwunderlich. Es sei jedoch auf eine Stelle besonders aufmerksam gemacht. Da wird gesagt: „Es war ein erhebendes Zeugnis der erwachsenen Glasarbeiter, daß sie ohne zu zögern in den Solidaritätsstreik zur Unterstützung der Jugendlichen getreten sind.“ Richtig ist, daß die Produktion in den Betrieben drei Tage geruht hat, daß dabei aber alles andere, nur kein Solidaritätsakt für den Putsch der Jugendlichen zu erkennen war, sondern nur technische Gründe die Arbeit unmöglich machten. In der Konferenz am 8. Juli wurde klar bewiesen, daß niemand an eine derartige Putschaktion denken will. Gerade der Vertreter der kommunistischen Gewerkschaft war der erste, der erklärte, daß eine derartige Anarchie aufhören müsse und der Streik auf alle Fälle zu liquidieren sei. Alle anderen Vertreter waren derselben Ansicht, und es war gewiß kein Akt der Sympathie und Solidarität, welche diese Konferenz den Jugendlichen gegenüber zeigte. Wie sehr derartige Methoden den Gewerkschaftskampf schädigen, wird deutlich bewiesen dadurch, daß der Vertreter des J. A. V. bei der Sitzung mit den Vertretern des Arbeitgeberverbandes die Erklärung abgab, daß das die Jugendlichen „wohl einmal gemacht haben, ein andermal aber so etwas nicht mehr passieren wird, sonst müßten auch sie diesen Leuten gegenüber die Konsequenzen ziehen“.

Rückgang der Arbeitslosigkeit in Wien. Die Zahl der Arbeitslosen in Wien ist Ende Juni von 51.955 Anfang Mai und 47.294 Anfang Juni auf 43.707 zurückgegangen. In der Umgebung Wiens ist die Zahl der Arbeitslosen von 2427 Anfang Juni auf 1899 zurückgegangen.

Feierschichten und Betriebseinstellungen in Deutschland. Die Nachrichten über die Einlegung von Feierschichten im Ruhrbergbau wegen Abwagemangel haben in den letzten Tagen einen erschreckenden Umfang angenommen. Die Gelsenkirchener Bergbau-A.-G. allein hat in den beiden letzten Tagen auf acht ihrer Zechen je eine Feierschicht einlegen müssen. Bei der Harpener Bergbaugesellschaft mußte am 12. Juli auf fünf ihrer Zechen der Betrieb wegen Abwagemangel vollständig stillgelegt werden. Der Umstand, daß die Zechen trotz der am 1. Juli eingetretenen Kohlenpreiserhöhung um zwanzig Prozent zu derartigen Maßnahmen greifen mußten, kennzeichnet deutlich die Schwierigkeiten der augenblicklichen Lage im Ruhrbergbau.

Eine Warnung des deutschen Bergarbeiterverbandes. Die Anwerbeaktivität ausländischer Agenten unter den Ruhrbergarbeitern hat einen derartigen Umfang angenommen, daß der „Bergarbeiter-Verband“ öffentliche Warnungen gegen derartige Anwerbungen nach Ungarn, Bosnien, Serbien und Nordamerika erläßt. An einigen Stellen ist auch versucht worden, Bergarbeiter und technische Angestellte nach Jugoslawien anzuwerben. Vor einer Auswanderung dorthin ist ebenfalls zu warnen. Augenblicklich treten im Ruhrgebiet Agenten auf, die Bergarbeiter für nordamerikanische Kupferbergwerke anwerben wollen. Es handelt sich um die „Mohawk-Comp.“, in Keeweenaw im Staate Michigan. Das Vorgehen dieser Agenten ist deswegen besonders gefährlich, weil sie nicht einmal die erforderliche Genehmigung zur Anwerbung besitzen. Bergarbeiterverbände und Zechenindustrielle haben Eingaben an die Reichsregierung gerichtet, um der Tätigkeit dieser Agenten entgegenzutreten.

Probeweise Einführung des Jehusundenlages in Polen? Als Ergebnis der Verhandlungen der Regierungvertreter mit den ober-schlesischen Industriellen wurde bereits in mehreren Großbetrieben probeweise der zehnstündige Arbeitstag eingeführt. Die Mehrzahl der Arbeiter hat sich dieser Maßnahme unter der Bedingung gefügt, daß der Betrieb aufrechterhalten bleibe. Die Kommunisten agitieren weiter für den Generalstreik. Die Arbeitergewerkschaften und Beamtenorganisationen Polnisch-Oberschlesiens haben sich

die erste Fibel, die es dem Lehrer überläßt, ob er beim Leseunterricht den analytischen oder synthetischen Weg gehen will, und für beide die notwendigen Behelfe beibringt. Allerdings ist auch dieser Vorzug schon gerügt worden, denn es fand sich ein Unzufriedener, der einen entschiedenen Tadel darüber aussprach, daß das Buch „dem Lehrer zu viel Freiheit lasse“. Es gibt eben anscheinend immer noch Lehrer, die sich auch in der Schule nach einem Sofa sehnen.

Die Bilder von Franz Reich verdienen ein besonderes Wort. Es kann nur ein Wort des Lobes sein; denn sie sind fast ausnahmslos entzückend. Der Witz und die Munterkeit des bekannten Zeichners kommen hier so recht zur Geltung und der leichte, gelegentliche Einschlag in die Karikatur wird sicherlich bei den Kindern vollem Verständnis begegnen. Nero und das Schweinvolk kommen allerdings fast immer schlecht weg, aber schließlich ist es ja ein Buch für Menschenkinder und nicht für Hunde.

Man hat im Vorhinein dem neuen Buch viel Böses nachgesagt. Es war ein „rotes“ Buch, also mußte es schlecht sein. Es ist überflüssig zu versichern, daß das Buch kein hässliches Polliel enthält. Vernünftige Menschen haben das ohnehin nicht geglaubt, unwürdige lassen es sich nicht ausreden. Wenn die Ueberpatrioten daran Anstoß nehmen, daß der Leseunterricht von der Antiqua der Lateinschrift, ausgeht, so ist es eine in der Lehrwelt allgemein anerkannte Tatsache,

an den Direktor des internationalen Arbeitsamtes in Genf Albert Thomas mit dem Ersuchen um Intervention in der Angelegenheit der Einführung des zehnstündigen Tages in Polnisch-Oberschlesien gewendet. Thomas beantwortete dieses Ansuchen dahin, daß er in dieser Angelegenheit nicht intervenieren könne, weil die polnische Regierung das Washingtoner Abkommen nicht ratifiziert habe.

Wirtschaftliches aus Sowjetrußland. Das russische zentralstatistische Amt gibt bekannt, daß man zum 1. Juli den Erntestand auf dem Gesamtgebiete der Sowjetunion nach den lokalen Informationen mit 2.5 bezeichnen kann. (1 bedeutet schlecht, 2 nicht befriedigend, 3 befriedigend, 4 gut, 5 sehr gut.) Zum 15. Juli hat sich der Saatstand verschlechtert. Der Ertrag der Ernte in diesem Jahre wird auf 2.600.000.000 Pud geschätzt. — In der Ukraine ist eine zunehmende Tätigkeit der Wirtschaftsorganisation zu verzeichnen. Die Bilanz der Arbeitergenossenschaftszentrale von Charkow hat sich gegen Mai um 50 Prozent erhöht. Die Preise der Waren in den Genossenschaften sind um 20 Prozent billiger, als auf den Märkten, was die Privatgeschäfte zur Sperre veranlaßt.

(Nachdruck verboten.)

Weltbrüderchaft und Weltfriede.

Von Zenob Eurenjan (Linz).

Eine Zeitungsnotiz zog unlängst meine Aufmerksamkeit auf sich. Der Bericht schilderte nämlich eine im Haager „Ridderhof“ stattgefundene, ergreifende Gedächtnisfeier für die erste Friedenskonferenz von Haag im Jahre 1899. Gelehrte und Pazifisten von Ruf, Staatswürdenträger wie Diplomaten, Abgesandte des Weltbundes der Kirchen haben sich bei dieser Gelegenheit in Friedens- und Liebestudgebungen überboten. Die Versammlung sei zum Schluß mit dem flammenden Bekenntnis eines unerschütterlichen Vertrauens in die Abwärtung, Völkerverbündnis- und Friedensidee auseinandergegangen.

Und wiederum dieser Tage fiel mir ein amerikanisches Blatt in die Hände, worin eine außerordentlich prunkvolle Kundgebung der Klansiten — so werden jetzt in Amerika Mussolinis Doppelgänger benannt — geschildert war. . . . Kilometerlange Umzüge unter Patronierung von Riesenfahrern, dann Propaganda-Brandreden von Gehässigkeit überschäumend, hoch am Himmel herumfressende Luftschiffe, die in rot leuchtenden Riesenschildern die Worte: Ku Klux Klan mittels Raketen bald hier bald dort zur Schau getragen haben. Die Zeitung schilderte außerdem ein Fest im Freien — mitten in einer farbenfrohen Landschaft — das selbstverständlich zu Agitationszwecken organisiert worden war. Schimmernd-weiß angekleidete Klansiten, das Haupt mit rotbequasteten Kapuzen bedekt, Arme und Brust je nach Rang und Würde mit Kreuzen und allerlei Sinnbildern besetzt! Und das Leitmotiv all der Redeschöfeln? Die Hoch- und Reinerhaltung der amerikanischen Schule, Kirche und Familie, und die strikte Überwanz der Gesehe wird energisch gefordert.

Daß diese übermütigen Wortführer des amerikanischen Nationalismus eine nicht ganz zu unterschätzende Macht geworden sind, erhellt aus der Tatsache, daß ihre Anzahl nun schon bis auf sieben Millionen angewachsen ist. Von unsren Rassenhüßlern unterscheiden sie sich freilich nicht viel, denn auch bei ihnen ist der arme Jude der alleinige Sündenbock für alle Widerwärtigkeit, für alle Unbill, die über uns hereinbricht. . . .

Rein Wohlgesinnter kann umhin, sich an den Kopf zu greifen und in Anbetracht solcher Wühlererei die gewaltige Klust, den Gesinnungsgegenfah zwischen den Haager Friedensstiftern und den giftgeschwollenen Maulwürfen, hüben wie drüben, mit tiefem Schmerz betrachten. Wird denn nicht durch ihr Treiben alles Gemeinschaftsgefühl unter Menschen mit höchem Stolz herabgewürdigt, das Ideal der Weltbrüderchaft zur Lüge und zur bloßen Parole verurteilt? Und ach! Tobi sich diese Weltstolzigkeit immer weiter aus, so läuft auch schon unser Menschentum immer weiter zurück in jene düstren Perioden der mittelalterlichen

daß die einfacheren Formen dieser Schrift dem Kinde leichter zugänglich sind. Ueberdies muß die spätere Einführung in die gotische Schrift keineswegs eine Zurücksetzung bedeuten.

Sehr viele „Unbeteiligte“ halten diesen Streit der Meinungen für eine rein pädagogische Angelegenheit und neigen der Ansicht zu, die Lehrer mögen diese Fragen untereinander klären. Das ist guter Wiener Brauch, das Abschieden der Entscheidung an Sachverständige. In Wirklichkeit gibt es in dieser Frage keine Unbeteiligten. Denn ob man nun Kinder kein eigen nennt oder nicht, es darf keinem gleichgültig sein, auf welchem Wege die Bürger von morgen ihre ersten Schritte in das Reich des Geistes tun. Es kann keinem gleichgültig sein, ob man sie frei schreiten oder auf Krüden humpeln läßt. Und wer die Erfolge des ersten Lehres gesehen hat, die Freude der Kinder am Lernen, die Sicherheit im erlernten Stoff, der weiß, wir sind auf dem rechten Weg.

In dem neuen Buch gibt es keine belehrenden, keine moralisierenden „Leseblätter“, von patriotischen ganz zu schweigen. Es wird den Kindern nicht erzählt, daß sie Eltern, Lehrern, dem lieben Gott, 385 Engeln, der Maria Theresia, dem Kaiserberg und noch allerhand anderen Freitiden dankbar sein müssen. Dafür ist vom „Ringelpiel“ die Rede.

Vielleicht kommen wir doch noch vom Ast los. Klara Mautner.

Barbarei, wo des Menschen Grundrechte durch Fiktionen zerstampft worden waren, wo der Mensch zum Nebenmenschen scheinbar ein Raubtier ward? . . .

Ein volles Jahrzehnt nach der Kriegserklärung sehen wir noch immer eine chaotische Wildheit um uns herum, wir, die wir nach so vielem Jammer eine Periode der umfassenden Liebe endlich zu begrüßen erhofften! Und gerade all diesen Jammer, all das fliehende Entsetzen sollte man als Mahnbotschaft gelten lassen, ja die Zukunft des weltumspannenden Unglücks sollte alle niederen Instinkte unbedingd ausmerzen und austreiben, alle trennenden Schranken beseitigen, das hehre Gefühl der Solidarität zur Herrschaft emporheben.

„Nie wieder Krieg! Empor zum Menschentum. . . . Es lebe die Solidarität aller Menschen und Rassen.“ Aus unserem Tiefinnersten werden wir dies bald weithin vernehmbar hinausdröhnen. Denn es gilt mehr denn je, die tausendköpfige Hydra, Chauvinismus genannt, unschädlich zu machen, jedweder Reaktion die Stirn zu bieten. Und wir Sozialisten, die Bekenner des Wahren und Guten, werden allein das Verdienst für uns beanspruchen, der starren Welt das Wetterleuchten einer vorgezeichneten besseren Zukunft zu verkünden! . . . Wie wunderschön hat das schon der unsterbliche Emile Verhaeren in den Worten formuliert: In das alte All tragen wir, betrunken von Welt, ja von uns selbst, die Herzen neuer Menschen.

Kunst und Wissen.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute „Tosca“; Freitag „Androklus und der Löwe“; Samstag „Die geschiedene Frau“; Sonntag „Fra Diavolo“.

Spielplan der Reichen Bühne. Heute und Samstag „Haben Sie nichts zu verzollen?“; Sonntag „Der lebige Schwiegerjohn“.

Turnen und Sport.

Eine Vertrauensstudgebung für den Bundesvorstand.

Die am 13. Juli in Dax stattgefundene D. B. männerkonferenz des siebenten Bezirkes im fünften Kreis besaßte sich mit den Vorgängen im Turnverband und nahm (gegen zwei Stimmen) folgenden Antrag an:

„Die heutige Konferenz spricht hiemit dem Bundesvorstand das vollste Vertrauen aus und weist alle Anschläge der kommunistischen Partei, die gegen den Bundesvorstand und die Funktionäre des Kreises gerichtet sind, zurück.“

Samariter des 5. Kreises. Sonntag, den 20. Juli findet in Weiskirchlich eine Besprechung der Samariter-Bezirksleiter statt, die für alle Abteilungen Direktiven für das Bundesturnfest ausarbeiten wird. Wir bitten daher die Genossen, nicht ungenüßlich zu werden und die Weisungen dieser Sitzung abzuwarten. Die Kreisleitung.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Rechner. Druck: Deutsche Zeitungs-K. G. Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Hollk.



Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönau, Tschelergasse 6, 1002. empfiehlt sich den P. T. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kasernen zur Herstellung von Druckorten: wie Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkulare, Mitgliedsbüchern, Einladungen, Plakaten, Flugschriften, Faktoren, Briefpapier etc. in solider und rascher Ausführung. Selbstanmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

Werbet bei jeder Gelegenheit für Euer Parteiblatt den „Sozialdemokrat“!